

Gegen den Faschismus!

Die Internationale Massenkundgebung der Berliner Partei.

abgegebenen Stimmen berechnet 28,4 Proz. gegen 28,1 Proz. bei den Reichstagswahlen. Ebenso behält die Partei in Mannheim ihre bisher innegehabten 8 Sitze im Stadtrat, wie sich überhaupt im Stadtrat nur infolge einer Verschiebung ergibt, als an Stelle der zusammengehauenen Volksparteier, Staatspartei und Deutschnationalen die Nationalsozialisten treten. Die Deutschnationalen, die bis jetzt mit einem Stadtrat noch vertreten waren, scheiden völlig aus und müssen sich mit einem Sitz von 81 im Bürgerausschuss begnügen. Hierzu noch einige Gegenüberstellungen:

In Eberbach a. Neckar, wo die nationalsozialistische Bewegung älteren Datums ist, und wo sie auch bereits auf dem Rathaus vertreten war, ging der Weg umgekehrt. Dort verloren die Nationalsozialisten von der Reichstagswahl bis zur Gemeindevahl 46,6 Proz. ihrer Stimmen. Nachdem nun jetzt die Nationalsozialisten auf den Rathhäusern ebenfalls mit zu entscheiden haben und auch nur in dem engen Raum, den Reichs- und Landesgesetzgebung übrig lassen, arbeiten können, werden ihre Wähler überall bald erkennen, was an ihnen ist.

Das Gesamtergebnis in Baden läßt sich noch nicht zusammenstellen, da in den nächsten Wochen in allen Orten von über 4000 Einwohnern die Wahlen zu den Gemeinde- und Stadträten erst stattfinden. Je nachdem, ob gegen die am Sonntag stattgefundenen Wahlen Einspruch erhoben wird, können sich diese letzten Wahlen bis in das nächste Jahr hineinziehen. Allerdings ist heute schon die Vertretung der Parteien im Stadtrat rechnerisch festzustellen. Immerhin können aber auch da noch durch Abkommandierung von Stimmen Verschiebungen sich ergeben, so daß die Umrechnung der Gemeindevorordnetenliste auf die Vertretung im Stadtrat kein absolut sicheres Bild ergibt. Das eine kann aber jetzt schon festgehalten werden: die Sozialdemokratische Partei hat dem Riesenansturm des politischen Gegners gut widerstanden und die sozialdemokratische Vertretung auf den Rathhäusern wird der bisherigen Vertretung nicht nachstehen.

Margies köpft Vorwärtsredakteure.

Für zwei Pfennige pro Kopf.

Hannover, 21. November. (Eigenbericht.)

Der Ruhm der Hakenkreuzler, absolut wuschichte Fememörder an führender Stelle der Partei zu haben, ließ die Kommunisten nicht schlafen. Nun haben sie zwar keinen wuschichten Fememörder, aber in der Person des Suchthäusers Margies verfügen sie doch über einen richtigen Mörder. Dieser Margies gab am Donnerstag ein Gastspiel in Hannover. Er wurde als revolutionärer Held mit Musik, Blumen und Fackeln feierlich empfangen. Seine Versammlungsrede war eine beschämende Entlarvung der KPD. Unter anderem führte er im wesentlichen aus:

„Bald werden wir gezwungen sein, die Macht zu ergreifen. Heinz Reumann in Berlin hat schon gesagt, dann würde ich, Margies, der Henker des revolutionären Kribnals. Dann kommt zunächst das Gesetz vom „Vorwärts“ und ähnliches Gesindel dran. Bei diesen Leuten werde ich pro Kopf nur zwei Pfennig verlangen, denn mehr sind diese Köpfe nicht wert. Natürlich muß ich, um leben zu können, als Henker überstunden machen. Das werden mir aber hoffentlich die Kommunisten nicht überlassen.“

Dem Polizeioffizier, der feinerzeit Margies vernommen hat, will er gesagt haben, „ich hoffe sehr, mit Ihrer Kohlröhre noch einmal Fußball spielen zu können“. Der Tiefstand des Geredes, das weiter nichts als eine üble Mordbeize darstellte, war beschämend. Eine Partei, die einen solchen Mann herausschleift, richtet sich selbst.

Größenwahn.

Was Otto, das Kind, sich einbildet.

Otto, der Sohn des letzten regierenden Habsburgers, wird dieser Tage „volljährig“, d. h. 18 Jahre alt. Da bei Monarchen und deren Anhängern die staatsmännliche Weisheit sich durch einen Akt göttlicher Eingebung einstellt, so hat der hoffnungsvolle junge Mann nicht gezögert, dem französischen Journalisten Sauerwein in einem Interview politische Offenbarungen zu spenden. Otto will vorläufig den Thron „seiner“ Länder Oesterreich und Ungarn noch nicht bestiegen. Dafür verheißt er, seine Thronrechte „erst am dem Tag geltend zu machen, wo er in Belohnung der Treugeschäfte in der Lage sein wird, durch seine Gegenwart den beiden so schwergeprüften Völkern eine Erleichterung und Stärkung bringen zu können“.

Daraus kann man sich ein Bild machen, wie es in diesem achtzehnjährigen aussieht. Gegen die unausrottbare Dummheit des monarchistischen Dünkels hilft selbst die Schärfe der Wirklichkeit nicht. Otto warnt noch besonders „seiner“ Oesterreicher vor dem Anschluß an Deutschland. „Das würde das Ende Oesterreichs sein.“ Woher er in grandioser Selbstverständlichkeit seine Thronanwartschaft dem Lande gleichsetzt. Und es gibt noch Leute, die sich nach der Herrschaft dieser aufgeblasenen Hohlköpfigkeit zurücksehnen! (In Oesterreich gab es allerdings bei der letzten Wahl nur ganze 240 Stimmen für den Habsburger Legitimisten.)

Herabdrückung weiblicher Angestellter?

Eine Anfrage im Haushaltsausschuß.

Im Hauptausschuß des Reichstags wurde die Regierung gefragt, ob mit der formellen Kündigung von Reichsangestellten, die zur Durchführung der Gehaltskürzung notwendig wurde, nicht auch die Absicht von Entlassungen verbunden sei.

Staatssekretär Dr. Schäffer (Reichsfinanzministerium) antwortete, daß nach dem Wortlaut des Erlasses, der an alle nachgeordneten Behörden gerichtet sei, derartige Befürchtungen nicht begründet seien.

Frau Abg. Bahm-Schuch (Soz.) fragte darauf, ob es zuträfe, daß Kündigungen ausgesprochen werden, um namentlich weibliche Angestellte in eine tiefere Gehaltsstufe herabzudrücken.

Staatssekretär Dr. Schäffer (Reichsfinanzministerium) erwiderte, daß Kündigungen zum Zwecke der Umstufung nicht in größerem Maße erfolgt sind. Allerdings sei es in vereinzelten Fällen bei Umorganisations der Behörden notwendig, Angestellte, die anderweit beschäftigt werden, auch dieser veränderten Beschäftigung gemäß neu einzustufen. Um aber etwaige Unbilligkeiten nach Möglichkeit zu vermeiden, sei eine schiedsgerichtliche Stelle eingerichtet, der es obliege, darüber zu wachen, daß derartige Neueinstufungen auch wirklich nur nach sachlichen Gesichtspunkten geschehen und daß unnötige Härten vermieden werden.

Die Reihen der großen Antihalle am Kaiserdamm waren dicht besetzt. Auf der Straße standen Männer und Frauen, alte und junge, mit den roten Bannern der Sozialdemokratie. Von den Wänden grüßten die Bildnisse von Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel, vom Balkon und vom Rang herab mahnten die Faschisten der Transparenz „Für die soziale Demokratie, gegen den Faschismus!“ und „Die Freiheit wird nicht geschenkt, sie kann nur erkämpft werden!“ Musik leitete die Kundgebung ein, dann gaben unsere Arbeiterführer Altmanns „Sturm“ und „Ich rufe Dich“ zu Gehör.

Einige Störungsversuche, die zu Beginn der Kundgebung einsetzten, vermochten nicht, den Eindruck der Kundgebung zu verwischen.

Mit kurzen Worten ließ Genosse Franz Künstler die ausländischen Gäste willkommen heißen. „Die internationalen Kundgebungen“, so sagte er, „sollen keine Schau- und Paradedinge sein. Wir wollen gerade jetzt, wo die Nationalsozialisten den Mund so aufreißen, und die internationalen Bestrebungen der Sozialdemokratie als Landesverrat verdächtigen, laut bekunden: Die Berliner stehen mit der gesamten deutschen Sozialdemokratie treu und unerschütterlich zur Sozialistischen Arbeiterinternationale. Klar und eindeutig bekennen wir uns zu Völkerverständigung und Völkervereinigung.“

Dann nahm, mit stürmischem Jubel begrüßt,

Genosse Fritz Adler

der Sekretär der Sozialistischen Internationale, das Wort. In schwerer wirtschaftlicher Notzeit sind wir nach Berlin gekommen. Der Kapitalismus kann das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen. Erst die Ablösung dieser Wirtschaftsordnung wird volle Besserung bringen. Trotzdem suchen wir in gemeinsamer Kommission der politischen und der gewerkschaftlichen Internationale in ernster Arbeit die Wege zu lindern.

Auch die politische Situation für die Arbeiterklasse ist ernst. Das findet seinen Ausdruck in den Wahlen in Polen und Oesterreich.

Die polnischen Wahlen haben ihresgleichen nicht in der Geschichte der parlamentarischen Staaten. Durch Terror und Betrug, durch die Gewalttätigkeit eines Mannes, an dessen Verstand man zweifeln mußte, sind diese Wahlen von Konstanten gegangen. 80 Abgeordnete saßen in Kerker, unter ihnen viele Genossen. Unser Gruß gilt deshalb heute zuerst den polnischen Genossen in ihrem schweren Kampf!

Die Wahlen in Oesterreich haben gezeigt, daß die Sozialdemokraten Oesterreichs sich nicht in eine Falle locken ließen. Ungeschwächt sind sie aus den Wahlen hervorgegangen. Wien hat weiter seine sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit.

In nächstem Abwehrkampf stehen wir da und stehen uns trotz aller Provokationen nicht zu unüberlegten Schritten verleiten. Es wäre einfach für uns gewesen, die Massen auf die Straße zu bringen, den Leidenschaften die Zügel schießen zu lassen und Zusammenstöße herbeizuführen, wie es die Kommunisten wollten. Wir haben es nicht getan und unsere Taktik war richtig!

Für die Arbeiterklasse gibt es nur eins: die Geschlossenheit gemeinsamer Aktion.

(Lebhafte Beifall.) Jeder Sozialdemokrat muß sich bekennen zur Aktion seiner Partei. Es wäre falsch, wollten wir uns auf den Standpunkt stellen: die Arbeiterklasse, die Arbeiterklasse. Ja, dieser Standpunkt würde einen Rückschlag für Jahrzehnte bedeuten. Das Bürgertum muß sich lösen aus der faschistischen Hypnose. Wir aber müssen das Vertrauen haben, daß unsere Aufklärungsarbeit das Volk auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus führt. Wir haben es schwerer als die Hitler-Leute und Kommunisten. Ist doch die Hitler-Bewegung der Ausdruck der Unzufriedenheit jener, die nicht denken können. Es ist ein Kampf zwischen zwei Welten, von denen die eine das größte Verbrechen am eigenen Volk und an allen Völkern, den neuen Krieg, will. Da gibt es keine Bejähnung, denn wir bekennen uns stolz zum Internationalismus, weil wir den Frieden, die Demokratie und den Sozialismus wollen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Als zweiter internationaler Redner sprach der Sekretär des britischen Gewerkschaftsbundes

Genosse Hids.

Als Kameraden grüße ich Sie, als Angehörige der großen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften.

Voll Aufmerksamkeit verfolgen wir die Entwicklung auf dem Kontinent und bewundern die glänzenden Resultate im Kampf für die Demokratie. Wir danken Ihnen für Ihre Leistung.

Unsere Arbeiterregierung in England hat unter schweren Umständen und hartem Widerstand alles getan, was möglich ist. Zwischen die Gewerkschaften und die Partei einen Keil zu treiben, wird bei uns nicht möglich sein, wie sehr auch der Kapitalismus am Werte sein mag. Wie eine Bestenliste fröhlich er, aber die Geschlossenheit von Partei und Gewerkschaften setzt ihm einen Damm entgegen. Hart ist unsere Arbeit, die Zoll- und Finanzfragen drängen uns schwer und nur Kameradschaftlichkeit und Treue werden die Mühen bewältigen können. Ueber einen Mussolini, einen Pilsudski, einen Hitler wird die Zeit hinwegstreifen, aber der lebendige Geist des Sozialismus wird bleiben, weil heißer Wille zu Treue und Kampf ihn befeuert. (Stürmischer Beifall.)

Herzlich begrüßte Genosse Künstler den Vertreter des IGB, der einige Jahre in Berlin in der Partei mitarbeitete wird.

Genosse Schevenels

sprach französisch. Er bedankte sich zunächst für den herzlichen Empfang und brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß es ihm zum erstenmal vergönnt sei, im Kreise der Berliner Parteigenossenschaft eine große Kundgebung mitzumachen. Drei große Gefahren bedrohen die Arbeiterklasse. Einmal gibt es in Europa Nationen, die absichtlich den Krieg vorbereiten und zum zweiten eine Reihe Länder, in denen starke Kräfte des Bürgertums als letzte Hoffnung der Errettung des Kapitalismus den Faschismus propagieren. Das Bürgertum hat heute Angst, daß die politische geschulte Arbeiterklasse Machtpositionen beziehen könne, und will deswegen lieber Bündnisse mit dem Faschismus eingehen.

Als schwerste Gefahr aber hat die Arbeiterklasse die Wirtschaftskrise zu bekämpfen, da durch sie die Arbeitsmöglichkeiten, das Leben und die Familie der Arbeiterklasse bedroht sind.

Gleichfalls von stürmischem Beifall empfangen, nimmt

Modigliani-Italien

das Wort. „Wir müssen zusammenhalten gegen Faschismus und Kommunismus und wenn die Sozialdemokratie ihre Kräfte anspannt, dann werden wir stark genug sein, den Feind zu bezwingen.“

Ich habe den Faschismus entstehen sehen und muß Ihnen sei wahres Gesicht zeigen, das die Nationalsozialisten jetzt Ihrem Lande aufrägen wollen. Man kann nicht alles lösen mit dem Messer, dem Gummiknüttel und der Gewalt.

Heute steht Italien in schwerster Wirtschaftskrise. Weiße Kreise der Bevölkerung, bis ins Bürgertum hinein, verkommen. Die Diktatur einer Minderheit weicht jedes Land dem Untergang. Die Nationalsozialisten lassen sich von Mussolini Versprechungen geben; aber sollte es Ernst werden, sollte der neue Krieg kommen, dann werden sie von Mussolini aufs erbärmlichste im Stich gelassen werden. Italien weiß, daß ein neuer Krieg ein Sedan und eine Kommune brächte! Es nutzt den Nationalsozialismus nur für seine eigenen Ziele aus. Umso größer ist unsere Aufgabe. Wir wollen den Frieden, der uns außer der Demokratie den Sozialismus bringen wird. (Lebhafte Beifall.)

Als letzter Redner spricht Deutschlands Parteivorstandender

Genosse Otto Wels.

Das kommunistische Manifest schließt mit den Worten: Proletarier aller Länder vereinigt Euch. Nicht aber heißt es: Proletarier aller Länder prügelt, verkleidet und bekämpft Euch. (Stürmische Zustimmung.) Die Disziplin der Arbeiterklasse ist unsere Hoffnung. Ihre Geschlossenheit, ihr demokratischer Wille allein kann die Konterrevolution bezwingen. Hier hat eine von Kommunisten durchgeführte Organisation, deren Führer dem Bezirksvorstand nicht einmal bekannt sind, versucht, unsere Versammlung zu sprengen, in der Tausende gegen Nationalsozialismus und Kommunismus protestieren. Ich betone:

Reichsbanner und Sozialdemokratische Partei sind unlösbar miteinander verbunden. (Stürmischer Jubel.) Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold befehlt das starke Vertrauen der Gesamtpartei. (Neuer, nicht endender Beifall und Händeklatschen.)

Wie die Dinge stehen, das hat uns der Besuch der dreißig Stahlhelmsleute bei Mussolini gezeigt, jenem Manne, der sich ein abtrünniger Sozialist, durch Geld der französischen Regierung, das ihm der heutige Kommunist Cahin überbrachte, zur Kriegsbege gewinnen ließ. Durch Mussolinis Politik haben Tausende von Menschen den Tod auf den Schlachtfeldern sterben müssen. Diesem Mussolini aber hat die Abordnung des Stahlhelms den Ehrenstachel überreicht! Man ist in diesen Kreisen eben nur national, wenn es einem kommt. Vor dreißig Jahren hat der frühere Kaiser in Bielefeld das Zuchthausgesetz gegen Strolche angeordnet. Heute gehört sein Sohn, Prinz Kurt, zur Nationalsozialistischen Partei. Die den Metallarbeiterstreik zu unterstützen vorgab.

Es ist der feudalistische Sozialismus, jene politische Scharlanterie, von der Karl Marx sagt, daß sie den proletarischen Bettelack als Fahne schwingt, während auf dem Siniere die alten Wappen prangen.

Hürden, Mel und Großkapital sind international. Nur die Arbeiter sollen es nicht sein. Aber alles drängt und zwingt sie zum Zusammenstoß. Treu unserem Volke wissen wir, daß wir nach dem schönen Worte von Jean Jaurès nur eine Blume sind in dem Strauß, der die Gesamtheit der Kultur darstellt. Zusammenfassung und Erziehung der Arbeiterklasse sind wahrhaft revolutionär. Zeigen wir unseren alten Clan, tragen wir unsere Ideen hinein ins Volk und in die Menschheit, im Zeichen unserer roten Sturmjahren. Es lebe die Sozialdemokratie!

Begeistert stimmten die Massen ein, mit dem „Gesang der Völker“ schloß die Kundgebung!

Störungsversuche.

Ueber die Störungsversuche in der Versammlung erhalten wir folgenden Augenzeugenbericht: Vom Parteivorstandenden Franz Künstler war das Reichsbanner zum Saalschutz bestellt. Die Reichsbannerformationen sammelten sich vor der Halle, und dort wurde auch genau eingeteilt, welche Funktionen die einzelnen Ortsvereine übernehmen sollten. Im Vorraum zur Halle stand ein Trupp des „Jungproletarischen Ordnerdienstes“, aus dessen Mitte die einmarschierenden Reichsbannerkameraden angepöbeln wurden. Das Reichsbanner ließ sich trotzdem nicht fören und übernahm seine Funktion. Plötzlich marschierte ein Trupp dieses Ordnerdienstes geschlossen in den Saal und machte sich gleichfalls, ohne dazu beauftragt zu sein, Ordnerfunktionen an. Auch hierbei wurden pöbellich pöbelhafte Zwischenrufe laut, die zunächst vom Reichsbanner nicht beantwortet wurden. Die Reichsbannerkameraden selbst merkten aber bald, daß die Führer dieses Trupps, der in den Saal zog, völlig unbekannt waren und auch der größte Teil der Mitglieder. In der einen Ecke des Saales entstand auch bald eine Schlägerei und es zeigte sich deutlich, daß die in den Saal einmarschierenden mit provokatorischen Absichten gegen das Reichsbanner vorging. Es erwies sich auch bald, daß der größte Teil dieses Trupps zwar die Mädel der SNA trug, aber wohl sicher aus dem kommunistischen Lager stammten. Das Reichsbanner hatte sich zunächst zurückgezogen, um Streitereien zu vermeiden, zog dann aber nach einer Aufforderung des Genossen Künstler geschlossen in den Saal. An der Spitze des Reichsbannerzuges marschierte demonstrativ der Parteivorstandende Otto Wels. Das Reichsbanner wurde stürmisch begrüßt. Im hinteren Teil des Saales kam es dann zweimal zu Störungen und zwar auch wieder aus den Reihen, die sicher nicht weit von der kommunistischen Jugend zu suchen sind. Der „Ordnerdienst“ zog dann geschlossen aus dem Saal und danach konnte die Versammlung mit großer Ruhe fortgesetzt werden. Es ist bedauerlich, daß die Ordner der Partei und der Jugend sich nicht rechtzeitig umgesehen haben, wer denn in ihren Zügen mitmarschiert, vielleicht hätte man die Provokationen sofort im Keime ersticken können!

Mary Scherlach, eine mutige und verdiente Vorkämpferin für die Gleichberechtigung der Frauen, ist am Freitag in London im Alter von 85 Jahren gestorben.

Wirtschaftskrise und Finanznöte Hilferdings Referat auf der Tagung der Landgemeinden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede vor den Delegierten des Landgemeindetages wies Hilferding sodann auf das starke Anwachsen der Arbeitslosigkeit als ein besonders bedrohliches Symptom der Krise hin. Die Drosselung der Produktion vermindere das Nationaleinkommen, das auf 65 bis 75 Milliarden zu schätzen ist, um 10 bis 12 Milliarden. Da die öffentlichen Körperschaften mit etwa einem Drittel am Volkseinkommen beteiligt seien, würden die öffentlichen Finanzen durch die jetzige Krise eine Einbuße von 3 bis 3½ Milliarden erleiden.

Die Abhängigkeit des öffentlichen Etats von der Wirtschaftskrise gehe aus folgenden Zahlen deutlich hervor: 1913 seien nur rund 16 Proz. des Volkseinkommens vom öffentlichen Finanzbedarf beansprucht worden, 1928 aber 33,1 Proz. Im Jahre 1929 seien sogar 33,3 Proz., also mehr als die Hälfte aller Ausgaben der deutschen Volkswirtschaft, von der öffentlichen Hand im weiteren Sinne — einschließlich Reichsbahn und öffentlicher Betriebe — kontrolliert worden gegenüber nur 30 Proz. in der Vorkriegszeit. In der jetzigen Depression haben Steuererhöhungen nicht mehr die Wirkung von Einnahmesteigerungen, sondern führen zur Kapital- und Steuerflucht. Das zeigt sich sogar in dem reichen England.

Der Ausfall bei den Reichsfinanzen infolge der Krise betrage 1930 etwa 900 Millionen. Die Reichsbahn wird einen Einnahmeverlust von 700 Millionen aufweisen. Bei den Ausgaben ist diese Krisenwirkung vielleicht noch stärker. Der Sozialetat ist besonders konjunkturrempfindlich. 1927 betrugen die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung nur 295, dagegen 1929 schon 600 Millionen. Sie werden in diesem Jahr trotz aller Sparsachen 1 Milliarde betragen. Die Belastung der Gemeinden durch die Krisenfürsorge spielte noch 1928 keine entscheidende Rolle. Jetzt ist diese Belastung zu einem überaus ernstem Problem geworden. Die jetzige Zeit ist eine Schicksalsfrage für die deutschen Gemeinden, nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch mit Rücksicht auf die Erhaltung der Selbstverwaltung überhaupt. Die Gemeinden und auch die Gemeindebeamten sollten selbst mit den notwendigen Einsparungsmaßnahmen vorangehen, um zu verhindern, daß aus der gegenwärtigen Notlage heraus Zwangsmassnahmen getroffen werden, die die Selbstverwaltung gefährden.

Einer Schädigung des öffentlichen Kredits durch unbedachte und demagogische Reden müsse systematisch entgegengetreten werden. Das Sanierungsprogramm der Regierung kann dazu verhelfen, den öffentlichen Kredit wieder herzustellen. Diesen öffentlichen Kredit braucht Deutschland nach dem Verlust des Weltkrieges besonders dringend. Die jetzige Wirtschaftskrise ist schwerer als frühere, aber als Krise der kapitalistischen Wirtschaft ist auch sie eine Konjunkturerkrankung, die überwunden werden kann, wie auch frühere Krisen gemeistert wurden. Deutschland ist und bleibt einer der stärksten Faktoren in der Welt. Das muß uns die Gewißheit geben, daß wir auch über all die drückenden Schwierigkeiten jetzt hinwegkommen. (Beifolger Beifall.)

Als letzter Redner brachte der Präsident des Verbandes der Preussischen Landgemeinden, Dr. Gerete, die finanziellen Forderungen der Landgemeinden vor. Eine Senkung der Realsteuersätze sei nur bei höheren Steuerüberweisungen oder Erschließung neuer Steuerquellen möglich. Die durch die Kolonialordnungen neu erschlossenen Steuerquellen der Getränke-, Bier- und Kopfsteuer brächten den Gemeinden diesen Ausgleich nicht. Das vorgesehene Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer sei abzulehnen, da es gerade für die leistungsschwachen Kommunen verhängnisvolle Folgen haben könne. Der Redner forderte zum Schluß einen gerechten Finanz- und Lastenausgleich. Die Landgemeinden müßten von der Regierung fordern, daß ihre an sich schon geringe Selbstverwaltung nicht weiter eingeengt würde.

Ein Zutritt für die Volkspartei. Trotz tieffter Erniedrigung vor dem Hakenkreuz.

Dresden, 21. November. (Eigenbericht.)

An Stelle von Oberbürgermeister Blüher tritt der völksparteiliche Parteisekretär Diekmann in den Landtag ein. Diekmann ist der Vertreter des extremen Rechtskurses in der Volkspartei, er hat die Volkspartei in die schwere Niederlage bei den Landtagswahlen im Juni geführt und selbst dabei sein Mandat verloren. Er will jetzt durch strammsten Bürgerblockkurs Gnade vor den Augen der Nationalsozialisten finden. Indessen steht man im nationalsozialistischen „Freiheitskampf“: „Krausende Volkspartei! Selbst die schönsten Kompromisse und der beste Wein werden dieses Gebilde nicht mehr vor dem endgültigen — und reichlich verdienten Zerfall — retten können! Die nächste Wahl wird das Todesurteil sein!“

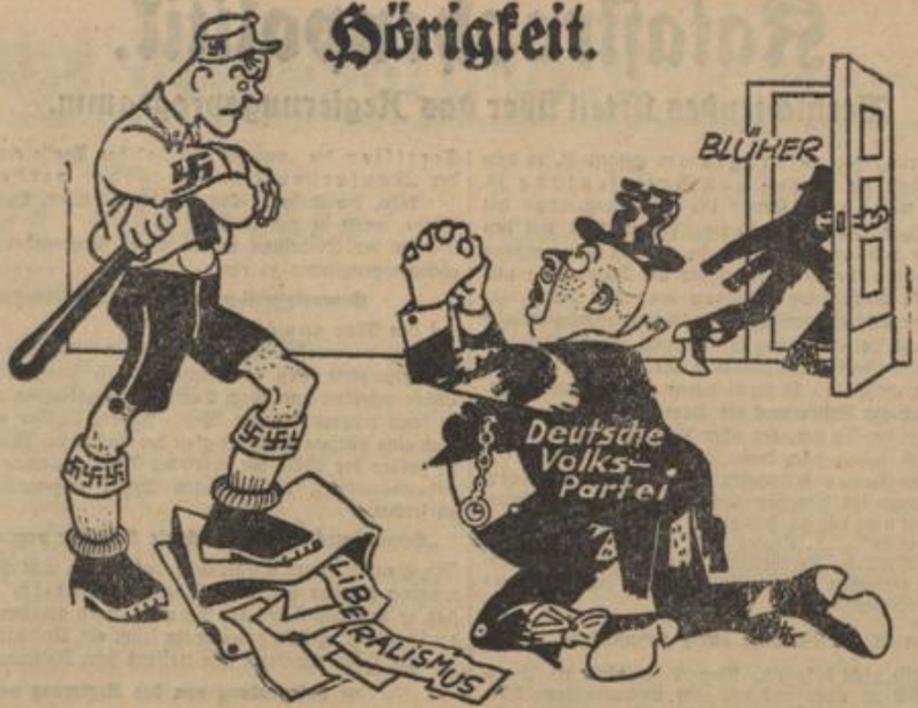
Soziales Mietrecht.

Eine sozialdemokratische Forderung.

Die Reichsregierung beabsichtigt die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes und des Mieterschutzes zum 1. Januar 1934. Schon vor zwei Jahren hat die Sozialdemokratie einen Gesetzentwurf über ein soziales Miet- und Wohnrecht verlangt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat jetzt dem Reichstag diesen Antrag wieder zugehen lassen. In ihm wird die baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs über das Miet- und Wohnrecht verlangt. Er enthält ferner die Grundzüge, die durch diesen Gesetzentwurf vermischt werden sollen. Vor allen Dingen sollen die Gemeindebehörden verpflichtet werden, für die Beschaffung ausreichenden Wohnraumes zu sorgen. Die Mieten sollen eine angemessene Höhe nicht überschreiten. Die Vertragsbeendigung soll sich nach den Grundzügen des bisherigen Mieterschutzes richten. Auch die Mieter gemeinschaftlicher Räume sollen geschützt werden. Bei Mietwohnungen soll im Falle der Aufhebung des Vertragsverhältnisses der Unternehmer eine angemessene Ersatzwohnung stellen. Die Rechte der Mietervertretung sollen nach den Grundzügen des Reichsmietengesetzes festgelegt werden. Auch bezüglich der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege werden eingehende Vorschläge gemacht.

Der badische Landtag trat zu seinem zweiten Sitzungsdienstag zusammen. Zum Präsidenten wurde der Zentrumsgesandnete Duffner, zum Vizepräsidenten der sozialdemokratische Abg. Raier und zum zweiten Vizepräsidenten der völksparteiliche Abg. Dr. Walder gewählt. Der Landtag beschloß eine Kürzung der Diäten der Abgeordneten um 20 Proz. Staatspräsident für 1930/31 wurde Innenminister Wittenborn (Zentrum); sein Stellvertreter ist Reichsminister Dr. Kemmerling.

Hörigkeit.



„Drügeln darfst du mich, Süßer, — aber liebe mich!“

Der Wahlschwindel-Gejm

Trotz allem Terror 25 Sozialisten

Warschau, 21. November. (Eigenbericht.)

Die Polnische Sozialistische Partei wird in dem neuen Wahlschwindelgejm nur durch 25 Abgeordnete — nach der vorigen Wahl waren es 51 — vertreten sein; darunter sind von auch im Ausland bekannten Genossen der bisherige Sejmarschall Dajzynski, Dr. Liebermann, der Gewerkschaftsführer Julawski, der Parteivorsitzende Barlicki (der entgegen erster Nachricht sein Warschauer Mandat wiedererlangt hat), Chefredakteur Kjedziakowski, Dr. Goltzky, der im Winter hier für deutsch-polnische Verständigung gesprochen hat, Redakteur Dubois, der Führer der Jugendorganisation u. a. m. Der alte Vorkämpfer der Partei Dr. Hermann Diamond ist nicht gewählt, da er an sechster Stelle auf der Staatsliste stand, in einem Wahlkreis aber nicht aufgestellt war.

Von den hier Genannten sind Barlicki, Liebermann, Goltzky und Dubois in Bresl-Litowki eingesperrt.

Es ist sehr zweifelhaft, daß die Pilsudski-Mehrheit die Freilassung der in Haft sitzenden Abgeordneten beschließen wird;

man erwartet eher, daß sie die Auslieferung zur gerichtlichen Aburteilung beschließen wird. Der Sejm hat verfassungsgemäß in den ersten Dezembertagen zusammenzutreten. Zum würdigen Marschall dieses Sejms soll Pilsudskis Bruder Jan gewählt werden. Uebrigens ist Josef Pilsudski überall Spitzenkandidat gewesen, also vielfach „gewählt“.

In Krakau, wo die Oppositionsliste listet war, haben gegen 62 000 Wähler trotzdem für sie gestimmt!

Indiens Arbeiter fordern.

Große Rede Josphis auf der Londoner Konferenz.

London, 21. November. (Eigenbericht.)

Das Ereignis der Donnerstagstagung der indischen Konferenz war die Rede von Josphi, des Senats der indischen Gewerkschaftsbewegung. Für ihn und die indische Arbeiterbewegung ist der Dominion-Status und die Gleichberechtigung Indiens im Rahmen des britischen Reiches eine Selbstverständlichkeit. In welche gesetzliche Form die Freiheit Indiens auf dieser Konferenz gesehelt wird, erklärte Josphi, ist für uns eine Frage zweiter Ordnung.

Im Vordergrund steht für uns, daß die

soziale Lage der Arbeiterschaft

in einem neuen selbständigen Indien verbessert wird. Heute habe die englische Regierung und das englische Parlament in Indien jeden Einfluß verloren und damit auch jeden Einfluß auf die Industriellen, um die soziale Lage der Arbeiterschaft heben zu können. Wir wissen, daß auch in einem selbständigen Indien für die indischen Arbeiter der Himmel nicht auf die Erde fallen wird, aber wir werden bessere und leichtere Kampfbedingungen in einem selbständigen Indien haben und die Industriellen, die sich bisher auf England herausgeredet haben, werden diese Ausrede nicht mehr besitzen.

Unser politischer Einfluß wird bei einer indischen Regierung wachsen und in der kommenden Verfassung müssen die fundamentalen Arbeitsrechte verankert sein. Ohne Gleich-

berechtigung der Arbeiter, ohne Arbeitsrechte in der Verfassung, wird auch ein Dominion-Status für die indischen Arbeiter wertlos bleiben.

Ferner ist notwendig, daß jede künftige indische Regierung auch die internationalen Arbeitskonventionen anerkennt und ratifiziert. Bis zur Stunde könne die indische Partei nichts tun, um die internationalen Arbeiterrechte und Verpflichtungen auch für den indischen Arbeiter zu sichern. Von dieser Konferenz erwarten wir nicht nur die Selbständigkeit Indiens, sondern auch die Gleichberechtigung der indischen Arbeiterklasse und ihre Einreihung in die internationale Arbeitsfront.

damit wir all ihrer Vorteile teilhaftig werden, zugleich aber auch zur Lösung der internationalen Frage unseren eigenen Beitrag liefern können.

Nach diesen glänzenden Ausführungen Josphis sprach Cord Reading, der frühere indische Vizekönig, der bei dieser Konferenz einer der drei Vertreter der Liberalen Partei ist. Mit eigenem Schweigen vernahm die Versammlung die Ansicht Readings, Indien sei zu einem gleichberechtigten politischen Dominion noch nicht reif. Wenn diese Rede ein einziges beweist, so die Schwierigkeit, mit der die englische Arbeiterregierung als Minderheit gegen die englischen bürgerlichen Parteien zu kämpfen hat. Trotz Reading übertrug jedoch die Konferenz dem 32köpfigen Verfassungsausschuß die Ausarbeitung der Verfassung für ein künftiges indisches Dominion.

Zwiespalt in der Labour-Party. Scharfe Differenzen.

London, 21. November.

Sir Oswald Mosley, der bekanntlich aus der Regierung ausgeschieden ist, weil er mit ihrer Arbeitslosenpolitik nicht übereinstimmt, unternahm gestern auf einer Zusammenkunft der Arbeiterpartei einen scharfen Angriff auf die Regierung. Es handelte sich um den Antrag des beratenden Parteiausschusses, dem nationalen Volksgesundheitsrat mitzuteilen, daß der Abg. Brown in einer Sitzung des Unterhauses auf ein vertrauliches, nur für Parteimitglieder bestimmtes Schriftstück Bezug genommen habe und daß er es ablehne, sich wegen dieses Verstoßes gegen die Parteidisziplin zu entschuldigen. Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen, aber 35 Mitglieder stimmten dagegen. Später hielten die „Rebellen“ eine Sondersitzung

ab und beschloßen, das Parteimitglied Willie Irwin bei seiner Kandidatur für eine bevorstehende Ersatzwahl entgegen der Weisung des nationalen Volksgesundheitsrates zu unterstützen.

Abwehr gegen Bülow. Der frühere Regierungsrat im Reichsamt des Innern Rudolf Martin teilt mit, daß er gegen den Verlog Willein u. Co. eine einstweilige Verfügung erwirkt habe, durch die dem genannten Verlage der weitere Verkauf des zweiten Bandes der Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow „ohne Unkenntlichmachung der Verbindungen und Verleumdungen“ gegen den Regierungsrat a. D. Martin untersagt wird.

Goebbels knist überall. In der Klage gegen den Nationalsozialistenführer Dr. Goebbels wegen Vorgehens gegen das Republikanische Forum, Termin vor dem Tschöner Bericht an Dr. Goebbels war nicht erschienen. Das Gericht beschloß, falls der Beschuldigte auch bei einem neu anzuberaumenden Termin nicht erscheinen sollte, beim Reichstag einen Vorführungsbefehl zu beantragen.

Studententrümmel in Königsberg. In Königsberg kam es infolge des provokatorischen Verhaltens rechtsgerichteter Studenten zu Zusammenstößen zwischen Studenten und der Polizei, wobei diese mehrfach vom Gummiknüppel Gebrauch machte. Auch mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Hakenkreuzverleumdung verurteilt. Wegen Beleidigung des Reichlichen Innenministers Leuschner erhielt der Nationalsozialist Ubi drei Wochen Gefängnis. Ubi hatte in einer öffentlichen Versammlung behauptet, das Ministerium des Innern habe die Polizeibeamten angewiesen, Zusammenstöße in nationalsozialistischen Versammlungen zu provozieren.

Theater in der Behrenstraße.

„Große Woche in Baden-Baden.“

„Große Woche in Baden-Baden“ ist nur ein kleiner Theaterabend. Hans Müller bietet in seinem Lustspiel eine langwierig aufgepumpte Variation des alten Themas von der Zählung der widerpenigen Ehefrau. Der Beifall war herzlich zum Schluß ein bisschen dünn.

Der.

Katastrophenpolitik.

Bernichtendes Urteil über das Regierungsprogramm.

Die Reichsregierung hat ein Programm aufgestellt, in dem ein wesentlicher Punkt die Lohn- und Preisentwertung ist. Mit der Preisentwertung auf Grund der Regierungsaktion hat es vorläufig noch gute Wege. Anders aber steht es mit den Löhnen. Darüber sind der Reichsregierung auf der Jahrestagung des christlichen Gewerkschaftsbundes am Donnerstag und Freitag einige bittere Wahrheiten gesagt worden. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Reichstagsabgeordnete Imbusch, sagte u. a. bei Eröffnung der Tagung sehr deutlich dem Reichsminister und dem Reichsarbeitsminister, die beide der Tagung beiwohnten, daß die christlichen Gewerkschaften „weder eine Preisentwertung noch ein Instrument der Preisentwertung“ seien.

Der Hauptredner Dr. Jahn, der über Wirtschaftspolitik in der Wirtschaftskrise sprach, führte nach dem „Deutschen“ u. a. aus: „Die Tendenz zur Preis- und Lohnentwertung war schon vorhanden, ehe die Reichsregierung ihr Programm veröffentlichte. Die Unternehmer haben es so ausgenutzt, daß eine allgemeine Lohnentwertung stattfinden soll. . . Da es nicht mehr in vollem Umfang gelingt, eine künstliche Rentabilität durch überhöhte Kartellpreise zu erhalten, versuchen es die Unternehmer durch Lohnentwertung. . . Problematisch und

zu bekämpfen ist Preisentwertung durch Lohnentwertung.

Dadurch wird die Krise nicht behoben. Mehr Lohnabbau als Preisentwertung führt lediglich zu einer anderen und unerwünschten Verteilung des Volkseinkommens. Die wesentlichen Gewinner sind alle Zinsbesitzer. Dazu kommt, daß bei gleichmäßiger Lohn- und Preisentwertung, also bei Erhaltung des Reallohnes, der gleiche Zustand wie vorher besteht. Wir rechnen dann lediglich mit kleineren Ziffern. Wie aber dadurch eine konjunkturelle Belebung hervorgerufen werden soll, ist völlig unklar.

Das Senken der Weltmarktpreise bezieht sich in erster Linie auf Rohstoffe und Agrarprodukte, gilt aber viel weniger für Fertigerwaren. Wir haben den Anstieg von den Weltmarktpreisen verloren. Die außerordentlich günstige Entwicklung unseres Außenhandels zeigt, daß von dieser Seite her keine Preisentwertung notwendig ist. Preisentwertung durch Lohnentwertung mit dem Ziele der Exportsteigerung bringt viel mehr Gefahr einer Dumpingabwehr des Auslandes mit sich. Außerdem besteht dann die Gefahr, daß

der Lohnabbau Exportartikeln

wird, die anderen also ebenfalls die Löhne senken, so daß wir auf diese Weise keine Exportsteigerung erreichen. Eine offizielle Erklärung, die leider wenig beachtet worden ist, sagt übrigens, daß der Lohnabbau kein Dumping, sondern lediglich eine Umwälzung im Innern Deutschlands herbeiführen soll. Eine derartige Umwälzung der Einkommensverhältnisse muß aber von den Gewerkschaften bekämpft werden.

Gegenüber diesen durchschlagenden Argumenten sahen sich sowohl der Reichsminister als der Reichsarbeitsminister veranlaßt, das Wort zu nehmen. Herr Brüning behauptete u. a., die Lohnentwertung in Deutschland wäre keine Folge des Regierungsprogramms. Andere Länder seien Deutschland vorausgegangen, eine sehr kühne Behauptung, der in der Diskussion widersprochen wurde. Dann sagte Herr Brüning: „Die Regierung denkt gar nicht daran, schematische Lohnsenkungen durchzuführen. Die Preisentwertung lasse sich nicht von heute auf morgen durchführen.“

Ob der Reichsminister die durch verbindlich erklärte Schiedsprüche herbeigeführten Lohnsenkungen „schematische“ nennt, darauf kommt es wirklich nicht an. Die Benennung ändert nichts an der Tatsache.

Diese Lohnsenkungen sind „von heute auf morgen“ durchgeführt worden.

Wenn der Reichsminister dann erklärt, daß es bei den Preisen nicht so schnell geht, so ist das die stärkste Beurteilung der Preisentwertungsaktion, die man sich denken kann; denn das bedeutet das Eingeständnis einer weiteren Senkung der Kaufkraft der Arbeiterschaft und damit eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Unglaublich klingt es, wenn der Reichsminister sagt, daß bei den

Textilien die „unterste Grenze“ der Preise erreicht sei und daß der Käuferstreik bald beendet werden müsse.

Also, die Arbeiter können schon kaufen, trotz der abgebauten Löhne, wenn sie nur wollen!

In der Diskussion wurde u. a. hervorgehoben, daß das Regierungsprogramm zu einer

Generaloffensive gegen die Arbeiternehmerschaft

auf den Plan gerufen habe.

Das veranlaßte den Reichsarbeitsminister das Wort zu nehmen. Er behauptete, daß in Deutschland 75 Proz. aller Gehälter und Löhne gesetzlich und durch Tarifvertrag gebunden wären. Das gebe es sonst nirgends in der Welt. Andere Länder zeigten deshalb auch eine stärkere Nachgiebigkeit der Preise bei Wirtschaftskrisen. Es sei weder der Wille der gesamten Reichsregierung noch des Reichsarbeitsministers, die deutschen Löhne allgemein und schematisch zu senken.

„Dementsprechend seien auch die Schlichter angewiesen worden.“

Wir glauben Herrn Stegerwald, daß er den Schlichtern nicht die Anweisung gegeben hat, die Löhne „schematisch“ zu senken. Aber daß er den Schlichtern die Anweisung gegeben hat, die Löhne zu senken, gesteht er nunmehr selbst ein. Und darauf kommt es an! Dr. Jahn erwiderte sehr treffend dem Reichsarbeitsminister, daß

die Lohnentwertung von der Regierung verhängt

wurde, was in anderen Ländern nicht geschehen ist. Hinzugefügt werden muß, daß 75 Proz. der Industriearbeiter in Deutschland in Akkord arbeiten und da diese Akkordlöhne bereits ganz erheblich gesenkt worden sind, unabhängig von der Höhe der Tariflöhne. Dies ist eine der wesentlichsten Ursachen, die zur Verschärfung der Krise geführt hat. Nun kommt Herr Stegerwald mit seiner Anweisung an die Schlichter, die Löhne noch weiter zu senken!

Wie dieses Regierungsprogramm auf die Unternehmer wirkt, dafür ein Beispiel: Vor uns liegt ein Rundschreiben des „Verbandes zur Wahrung der sozialwirtschaftlichen Interessen des Tuchgroßhandels“ vom 14. November. Da heißt es wörtlich:

Sehr geehrte Herren!

Streng vertraulich. Nur für den Inhaber bestimmt. Betrifft: Tarifabbau.

In Verfolg des sich jetzt immer stärker geltend machenden Abbaus der Tariflöhne, hat auch unsere Gruppe die Verpflichtung, diese Frage einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

In der kürzlich abgehaltenen Sitzung des Groß-Berliner Arbeitgeberverbandes des Großhandels ist eine einheitliche Stellungnahme wegen der in diesem Gremium vertretenen verschiedenen Gruppen nicht erzielt worden. Die Gruppe wird deshalb von sich aus die Frage klären müssen.

Einmütigkeit bestand jedoch darüber, daß bei der heutigen schwierigen Lage der Unternehmungen eine liberale Zurückhaltung nur in wirklichen Ausnahmefällen verantwortet werden kann, und daß insbesondere in den Gruppen.

in denen die Tarifgehälter an sich nicht sehr hoch sind,

zunächst der Abbau bei den übertariflichen Bezahlungen vorgenommen werden müsse. . .

Hier haben wir mit unwiderleglicher Deutlichkeit die Wirkung des Regierungsprogramms auf die Unternehmer. Sie fühlen sich einfach verpflichtet, obwohl sie zunächst dies selbst gar nicht daran gedacht hatten, einen Lohnabbau vorzunehmen. Es gab aber offenbar sogar unter diesen Großhändlern ziemlich viel weiße Raben, so daß man nicht einig werden konnte. In dem Rundschreiben wird das Geständnis gemacht, daß die Tarifgehälter so niedrig sind, daß an einen Abbau zu nächst nicht gedacht werden könne. Dann solle man aber wenigstens die übertariflichen Gehälter abbauen.

Schärfer als in diesem Rundschreiben einer Unternehmerorganisation kann die Lohnpolitik der Reichsregierung nicht verurteilt werden. Diese Lohnpolitik führt direkt in die Wirtschaftskatastrophe.

Der Kampf mit dem Tod.

Bergarbeiter und Grubensicherheit.

Die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes beschäftigte sich am Freitag mit den neuesten Bergwerkstatastrophen und den Fragen der Grubensicherheit. Der Sachbearbeiter Schudg, der sich insbesondere mit dem „Rästel von Alsdorf“ befaßte, kam zu dem Schluß:

Das heutige System der Bergpolizei ist überaltert und reformbedürftig.

Den unteren Ausführungsorganen (Bergrevierämtern) sind viele Befugnisse eingeräumt, mit denen oft Mißbrauch getrieben wird. Die Untergebenen der Bergrevierbeamten können noch so gewissenhaft sein, sie sind in achillas, wenn der Bergrevierbeamte anders handelt. Reichhaltiges Material steht dem Bergbauindustriearbeiterverband zur Verfügung, aus dem einige markante Fälle vorgezogen wurden, die insbesondere die „Untersuchungen“ und „Feststellungen“ der Bergrevierämter beleuchten.

In der Sprengstoffwirtschaft und Sprengarbeit wird mit einer allgemein bekannten Unachtsamkeit gearbeitet.

Der Bergbauindustriearbeiterverband ist bereit, mit allen Körperschaften an der Hebung der Grubensicherheit mitzuarbeiten. Die Kritik ist notwendig nicht nur im Interesse der Bergarbeiter, sondern des gesamten Bergbaues.

Als Ergebnis der Beratungen wurde eine Entschließung angenommen, in der im Interesse einer besseren Grubensicherheit folgendes gefordert wird:

1. Ein Reichsberggesetz und Reform der Bergpolizei.
2. Vereinheitlichung der bergpolizeilichen Vorschriften für den gesamten Bergbau.
3. Grubenkontrollen für alle Bergbauarten und -zeile.
4. Einführung von Fehrbüchern bei den Bergrevierämtern, die fortlaufend an die Oberbergämter zur Prüfung einzureichen sind.
5. Im Steinkohlenbergbau: Ausdehnung und gründliche Durchführung des Gesteinsaubverfahrens, auch in den Bergbaubetrieben mit schwerer entzündlichem Kohlenstaub.
6. Vorgekehrte und unter dauernde Überwachung stehende besondere Schutzwege in allen Abbaustellen. Die Belegschaften

der Abbaustellen sind jährlich mehrmals über Art und Zweck der Fluchtwege zu unterrichten.

7. Schutz der Wetterkontrollen gegen Benachteiligung und Entlassung. Tägliche Wetterkontrollen auch in Wetterstrecken und Strecken mit gebrechtem Gebirge. Wetterkontrolle auch vor dreischichtigen Betriebspunkten.

8. Befreiung der Benzol Lokomotiven aus den unterirdischen Betrieben. Verbot der elektrischen Lokomotiven auf Schlagwettergruben in Strecken mit gebrechtem oder durch Abbau in Bewegung gekommenen Gebirge. Ihre Zulassung darf nur erfolgen, wenn die Strecken im festen Gebirge stehen oder ausgemauert sind.

9. Für das Saarrevier fordern wir Einrichtung einer Grubensicherheitskommission und Einführung von Grubenkontrollen nach preussischem Muster. Ueberhaupt Einrichtung aller gegenüber dem anderen deutschen Bergbau dort nicht vorhandenen Sicherung gegen Unfallgefahren.

Der Bergarbeiterverband wird seinen ausgesteuerten Mitgliedern zu Weihnachten eine besondere Unterstützung gewähren. Die Mittel für diese ausgesteuerten Unterstützungen werden vor allem von den Angestellten des Verbandes aufgebracht, da diese schon seit Monaten freiwillig auf 10 Proz. ihres Gehalts verzichtet haben. Ferner steuern alle diejenigen Mitglieder des Verbandes zu dem Unterstützungsfonds bei, die als Vertreter in den verschiedensten Körperschaften (Syndikaten, Knappschaften) tätig sind.

Um Lohn und Arbeitszeit.

Die Verhandlungen über den Arbeitszeitschiedspruch für den Ruhrbergbau finden am kommenden Dienstag im Reichsarbeitsministerium statt.

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenrevier beginnen am 29. November in Halle.

Im ober-schlesischen Grubenrevier hat der Arbeitgeberverband den Mantel und das Ueberarbeitsschloß kommen gefündigt. Die Kündigung der Ueberarbeitsschloß von den Gewerkschaften auf alle Fälle vorgenommen worden.

Betriebsunfall bei der RGD.

Vorzeitig veröffentlichte Rede.

Ueber die ganze Breite der „Roten Fahne“ war am Mittwoch zu lesen: „SPD-Arbeiter antworten auf den Verrat an den Metallarbeitern: „Seht reunt alles zum RGD!“ Unter dieser verdächtig-vollen Ueberschrift waren angebliche Aeußerungen von Mitgliedern unserer Partei zu lesen, die in Uebeltunsoverformungen gemacht worden sein sollen.

Nach wenn diese oft handgreiflich sinnlosen Aeußerungen gefallen wären, so würden sie nur beweisen, daß es in der Sozialdemokratischen Partei etwas gibt, was es in der SPD nicht gibt: Keimungsfreiheit. Aber wie diese Aeußerungen zustande kommen, das beleuchtet folgende Zuschrift des Leiters der 86. Abteilung (Mariendorf):

„In der „Roten Fahne“ vom 19. November 1930, Hauptblatt 4. Seite, wird eine angebliche Aeußerung eines Diskussionsredners in einer SPD-Verammlung in Mariendorf zum Metallarbeiterstreik bzw. über Einzelkäufer zitiert.

Ich bemerke dazu, daß seit der Fällung des Schiedspruchs eine SPD-Verammlung in Mariendorf noch gar nicht stattgefunden hat. Die nächste Verammlung ist erst am Mittwoch, 26. November. Da dort ein Diskussionsredner die in der „Roten Fahne“ abgedruckte Rede halten wird, kann ich heute noch nicht sagen.“

Verfälschter Widerruf einer in Auftrag gegebenen Rede eines Spitzels? Wahrscheinlich. Die Methode, „SPD-Arbeiter“ aufzutreiben zu lassen, ist nicht neu? Es handelt sich also um einen Betriebsunfall.

Nazis bei der Mitropa.

Ihre Liste zur Betriebsratswahl.

Bei den kommenden Betriebsratswahlen wird nun auch neben der freigewerkschaftlichen Liste eine Liste der Hitler-Jünglinge erscheinen. Nazis bei der Mitropa! Das klingt eigentlich paradox, wenn man berücksichtigt, daß ein internationales Verkehrsunternehmen wie die Mitropa eigentlich ein ungeeignetes Objekt für die Tätigkeit der Hitler-Jünglinge ist. Die Wagen der Mitropa laufen von der holländischen Küste bis nach Oesterreich, von Skandinavien bis zur italienischen Grenze. Wie verträgt sich das mit der Parole der Hitlerjugend: „Juden und Ausländer raus!“

Wenn die roten Wagen der Mitropa keine Juden und Ausländer mehr bewirken, sondern nur reinrassige „Edelgermanen“, dann wird der größte Teil der Belegschaft der Mitropa stempeln müssen. Schon deswegen darf die Mitropa nicht verfallen. Es muß Aufgabe der Belegschaft sein, dafür zu sorgen, daß diese Maulhelden keinen Sitz im Betriebsrat bekommen.

Die gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer, insbesondere die der Mitropa, stehen im Dienste des internationalen Verkehrs. Ueberall im Ausland sieht man die schönen Plakate der großen deutschen Verkehrsburden: „Komm nach Deutschland! — Deutschland wünscht dich zu sehen!“ Aber die Leute aus dem „Dritten Reich“ wollen gar keine Ausländer sehen. Das mögen sich insbesondere auch die Herren Büroangestellten bei der Mitropa sagen lassen, die während des Krieges als Hosenmäße herumstiefen und heute ihre überhörsige Kraft in Hitler-Veranstaltungen abroagieren.

Jedenfalls haben die Nazis bei der Mitropa nichts zu suchen. Alle vernünftigen Arbeitnehmer wählen daher die freigewerkschaftliche Betriebsratsliste 1.

Betriebsratswahl in der Reichsdruckerei

Freie Gewerkschaften auf dem Vormarsch.

Zu der am 20. November erfolgten Neuwahl der Betriebsvertretungen in der Reichsdruckerei waren vier Vorschlagslisten eingereicht worden. Der Liste der freien Gewerkschaften standen eine Liste der christlichen Gewerkschaften und eine Liste der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ gegenüber. Trotz aller Anstrengungen haben die RGD-Leute nur die Mandate des Vorjahres retten können. Sie erhielten für ihre Liste 964 Stimmen und bekommen damit vier Sitze im Betriebsrat und ein Ersatzmitglied für den Arbeiterrat. Die christliche Liste erhielt 330 Stimmen und erhält somit einen Sitz im Betriebsrat. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 1845 Stimmen und bekommt neun Sitze im Betriebsrat und ein Ersatzmitglied im Arbeiterrat. Die freien Gewerkschaften haben gegenüber dem Vorjahr ein Mandat erobert.

Von den Angestellten der Reichsdruckerei wurde nur eine Liste der freien Angestelltenverbände aufgestellt. Da keine Gegenliste eingereicht wurde, galt die Angestelltenliste als gewählt. Von dieser Liste bekommen drei Bewerber je ein Betriebsratsmandat, während fünf als Ergänzungsmitglieder in den Angestelltenrat gewählt sind. Die freien Gewerkschaften haben also ihre Vormachtstellung trotz der Verleumdungspropaganda der RGD gegen die „Gewerkschaftsbürokratie und SPD.“ siegreich behauptet.

Hier ist der schematische Lohnabbau!

Köln, 21. November. (Eigenbericht)

Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie Köln hat den Arbeitnehmerverbänden mitgeteilt, er beabsichtige, am 30. November zum 31. Dezember den Tarifvertrag zu kündigen. Der Zweck der Kündigung ist natürlich Senkung des Lohnes. Bisher versuchten die Metallindustriellen betriebsweise die Akkorddienste entgegen den Bestimmungen des Tarifvertrages herabzusetzen. Dagegen wehrten sich die Metallarbeiter. Jetzt hat nun der Deutsche Metallarbeiterverband in Köln in Verbindung mit anderen Arbeiterverbänden wegen dieses Vorgehens der Unternehmer Klage gegen den Arbeitgeberverband der Metallindustriellen wegen Verletzung der Friedenspflicht eingereicht.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Wetteranruf am 19. Uhr im Schaufenster der Gewerkschaftshalle, Berlin SO. 16. Engelstr. 21-23. — Wochenschriften: „Frauenstimm“, „Gruppe I“, Treffen am 19. Uhr am Bahnhof Alexanderplatz, Eingang Contardstraße. Gruppe II: Treffen am Sonntag 7 Uhr am Bahnhof Alexanderplatz, Eingang Contardstraße. — Volkshilfen: Karten für die nächste Jugendvorstellung der Volkshilfen sind schon jetzt in der Jugendzentrale erhältlich.

Secantmässig für: Dollitt: Einar Schiff; Einar Schiff; G. Ringelblat; Gewerkschaftsbewegung; J. Greiner; Paulsen; Dr. John Schilowitsch; Walter und Saubert; Fein Karbid; Kammern; Th. Glaser; Hütlich in Berlin; Berlin: Formis-Berlin G. m. b. H.; Berlin: Neue Germania-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1. Dienstag 2. Bellagru.

Plaza-Preisauschreiben. Verleitet vom 20. November 1930: H. G. Döcker, Buchverleger 20; W. Döcker, Buchverleger 20; L. Schmalz, Buchverleger 2; W. Kötter, Hagen 22. 16

Preise rings um Berlin

Je weiter, desto billiger

Es ist eine bekannte Vorstellung der Berliner Hausfrauen, daß die Lebensmittelpreise in den Städten und Städtchen der weiteren Umgebung Berlins niedriger sind.

Table with 8 columns: Item, Veltens, Jossen, Bernau, Ludw.-Ebersw., Ludw.-Ebersw., Frankfurt a. D., Rathenow. Rows include Milch, Brot, Kartoffeln, Schweinefotelett, Schweinebauch, Rinder, Schmorfl., Eis, Wirsing, Kohl, Butter.

Man sieht, ein Preiswärtmar, gegen den der in Berlin ein Rinderpfeil ist. Obwohl die oben genannten Preise schon Durchschnittspreise sind.

Ludw.-Ebersw. berichtet, daß die Händler dort ihre Waren aus der Berliner Zentralmarkthalle beziehen, so daß zu den Berliner Preisen noch der Transportkostenzuschlag Berlin-Ludw.-Ebersw. kommt.

Mißglückter Raubüberfall.

Mit Waffe und Revolver in einer Konsumfiliale.

Gestern Abend wurde auf die Konsumfiliale in der Antonienstraße 38 in Reinickendorf-West von einem 20jährigen ein Überfall versucht.

15 Grad Frost in Ostpreußen.

Königsberg, 21. November.

Die mit dem Schneefall Anfang der Woche einsetzende Kälte hat gestern ganz erheblich zugenommen.

Biliger Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend kostet von 14 Uhr ab der Eintritt in den Zoologischen Garten für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 25 Pf.

Vom Berg begraben.

Zwei Arbeiter Opfer eines Erdrusses im Braunkohlenbau.

Röln, 21. November.

In dem der Horremer Breifabrik G. m. b. H. gehörenden Braunkohlentagebau Fischbach bei Horrem ereignete sich ein schweres Unglück.

Die abgestürzten Erdmassen werden auf etwa zwei Millionen Kubikmeter geschätzt. Es handelt sich um eine Strecke von neunzig Metern, die abgestürzt ist.

Nord-Süd und BBO.

Nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 13. November 1928 sollte der Aktienbesitz der Nord-Süd-Bahn-Aktiengesellschaft gelegentlich der Gründung der BVO.

Der Magistrat versucht nunmehr die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Aktienbesitz der Nord-Süd-Bahn-Aktiengesellschaft überhaupt nicht in die BVO.

Verfallungsruhestörer straflos!

Der Amtsgerichtsrat Kyjer-Schöneberg fällte ein Urteil, das zu der Reihe jener Sprüche gehört, die das Vertrauen zur Justiz auf eine bedenkliche Probe stellen.

Am 10. April fand im Werner-Siemens-Gymnasium eine von der Demokratischen Partei einberufene Versammlung statt. Landtagsabgeordneter Ruschke und Reichstagsabgeordneter Freiherr a. Richthofen sprachen zum Thema „Die Nationalsozialisten als Feinde jeder nationalen Politik“.

Beide Nationalsozialisten erhielten wegen Hausfriedensbruch Strafbefehle in Höhe von 30 M. Sie legten Berufung ein. Amtsgerichtsrat Kyjer sprach gestern beide Angeklagten frei.



Ludwig wehrte ab. „Lassen Sie Ihr Scheitern stecken. Ich werde Ihnen am Sonnabend liefern, ohne daß Sie jetzt einen Vorschub schenken.“

zu haben, wie weit die Preise herunter sind. Und dann die vielen billigen Angebote, die ich täglich erhalte! „Lassen Sie sich doch die Arbeit von den billigen Jakobs machen!“

Die schöne goldene Glashütter Taschenuhr war wieder in ihrem Futteral, wohl geborgen unterm schweren Pelzmantel in der warmen Westentasche.

(Fortsetzung folgt.)

20. Reihe, auf dem 3. Platz links, hat den Saal zu verlassen! Ober der Vorhänge hat sich höchstpersönlich zu dem Aufseher hinunter zu begeben und ihm zum Verlassen des Saales aufzufordern. Unter allen Umständen muß ihm aber soviel Zeit gelassen werden, daß er auch den Vorfall zum Hausfriedensbruch in Ruhe fassen kann.

Gutachter im Frenzel-Prozess.

Erklärungen Dr. Leppmanns.

Der Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Friedrich Leppmann, erstattete gestern sein Gutachten über die Glaubwürdigkeit von Hilde und Gertrud Frenzel.

Bei Hilde Frenzel sei Wahrheitsliebe nicht zu erwarten. Im allgemeinen sei sie nach allem eine unzuverlässige Zeugin. Der Sachverständige ging sodann auf das Zustandekommen ihrer Aussage ein und äußerte sich dahingehend, daß nach seiner Richtung die Zuverlässigkeit ihrer Aussagen, durch die sie ihren Vater später entlastet hat, gewährleistet sei, ebenso wenig aber die der früheren Aufstellungen. Weder ihre Aussagen vor der Zusammenkunft in Fehmarn, wo sie ihre Beschuldigungen bekanntlich widerrufen hat, noch die früheren Behauptungen über ihren Vater wie die späteren entlastenden Aussagen seien als zuverlässig zu werten.

Von Gertrud Frenzel gab Dr. Leppmann zunächst ein ausführliches Persönlichkeitsbild. Sie sei weder geisteskrank noch geisteschwach, keine Phantasieübertreiberin, aber auch keine schlichte, einfache, durchsichtige Persönlichkeit, sondern ein etwas verschlossener Mensch. Unkontrollierbare Einflüsse der Reizezeit auf das Seelenleben seien nicht ausgeschlossen. Hinter der betonten Ablehnung aller Liebesgedanken könne sich sehr wohl eine unterdrückte Leidenschaft verbergen. Gertruds Persönlichkeit sei weder so genau erkennbar, noch so frei von Widersprüchen, daß ihre Aussagen auf Grund des Gesamteindrucks ihrer Persönlichkeit im wesentlichen zuverlässig sein müßten. Was die Beschuldigungen gegen ihren Vater betreffe, so seien Gertruds Schilderungen derart, daß man wohl die Möglichkeit zugeben müsse, aber doch im Bereiche zu den Schilderungen anderer Mädchen in ähnlicher Situation ein viel weniger deutliches Bild gewinne. Schließlich ging Dr. Leppmann auf die Gegensätze zwischen den Aussagen Gertruds und der anderen Zeugen ein und kam zu dem Ergebnis, daß auch inhaltlich die Aussagen Gertruds nicht bedenkenfrei seien. Die Verhandlung wird am Sonnabend früh fortgesetzt, wo der Sachverständige Dr. Marcise sein Gutachten abgeben wird.

Ein Mensch der Halbheiten.

Leben und Verbrechen eines Justizsekretärs.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den 37jährigen Justizsekretär K. wegen Mitternachtsschlag und Körperverletzung, begangen an seiner Ehefrau, zu fünf Monaten Gefängnis.

Es war frühmorgens am 15. Juni d. J. Die Ehefrau des Justizsekretärs K. hatte soeben ihr einjähriges Kind besorgt und wusch sich mit entblößtem Oberkörper am Waschtisch. Der Justizsekretär K. erhob sich von seinem Bett, holte aus der Küche ein kleines Messer, obgleich das große Küchenmesser nebenan lag, umfachte von rückwärts seine Frau, rief ihr noch schnell zur Käthe: „Wir müssen gleich sterben, es dauert nur einen Augenblick, ich und Du! Komm mit!“ und steckte ihr einen Stich in die Brust. Die Frau entriß dem Mann das Messer und warf es zum Fenster hinaus. Am nächsten Tage war sie von ihrer Verletzung bereits wiederhergestellt. In Haft genommen, erklärte der Justizsekretär, daß er hochachtungsvoll, seine Frau mit dem Messer zu töten, sein Kind mit Gas zu vergiften und sich selbst in die Spree zu stürzen. Es lag also augenscheinlich verachteter Totschlag vor. Die Anklage gegen K. lautete aber auf Körperverletzung. Der psychiatrische Sachverständige war der Ansicht, daß der Justizsekretär im letzten Augenblick trotz des Ausspruches keine ernstlichen Tötungsabsichten mehr gehabt habe. Der Angeklagte, wiederholte der Sachverständige vor Gericht, sei ein Mensch, der überhaupt niemals irgend etwas zu Ende führe, sowohl im Guten wie im Schlechten. Eine gewisse Schamhaftigkeit und Willenslosigkeit seien die entscheidenden Charaktereigenschaften dieses Menschen. Das mag es auch gewesen sein, daß dem Justizsekretär K. noch eine zweite Anklage dieser Art unterdrückt eingedrückt hatte. Tatsächlich stritten sich in diesem Justizsekretär verschiedene Empfindungen. So kam er zu seinem Doppelleben; er liebte seine Frau innig und holte sich Straßenmädchen. Er galt nach außen hin als korrekter Beamter und vernachlässigte seine Aktien; er führte seiner Frau fast das ganze Gehalt ab und machte Schulden. Diese Schulden sind ihm schließlich zum Verhängnis geworden. Bei seinem Verlassen des Finanzministeriums betragen sie 2200 Mark; 1900 Mark wurden von Verwandten gedeckt. Es blieben noch 300 Mark übrig. Um sie los zu werden, machte er nun in seinem Justizdienst bei seinen Kollegen neue kurzfristige Schulden und legte sich sogar aufs Wetten. Seine Gedanken waren immer weit weg, er nahm Aktien mit nach Hause und ließ sie unbearbeitet. Schließlich häuften sich bei ihm Vorgänge aus der Zwangsvollstreckungsabteilung, aus der Vormundschafts-Obhutung usw., im ganzen 348 unerledigte „Sachen“. Jetzt glaubte er, daß das Dach über ihm zusammenstürzen würde. Die Schmach, aus dem Dienst entlassen und bestraft zu werden, wollte er seinem Vater nicht antun. Also sah er den Entschluß, mit Frau und Kind aus dem Leben zu scheiden. Am nächsten Morgen geschah das harmlose Messerattentat.

Feiern am Totensonntag.

Auf dem Garnisonfriedhof am Totensonntag Gedächtnisfeier des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Gau Berlin, C. 2, an der Stralauer Brücke 6, für die gefallenen Kameraden. Treffpunkt zum Abmarsch mit Musik und Banner um 11.30 Uhr Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147. Die Gedächtnisfeier hält Reichstagsabgeordneter Karl Bille.

Die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener, Landesgruppe Brandenburg, veranstaltet am Sonntag, dem 24. November (Totensonntag), 1/2 3 Uhr, auf dem Anstaltsfriedhof Buch eine Gedächtnisfeier, gewidmet den in fremder Erde ruhenden Kameraden aller Nationen. Treffpunkt 2 Uhr am Bahnhof Buch.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Reuditz-Briß, hält, wie alljährlich, so auch am diesjährigen Totensonntag, 11.15 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof, Marien-dorfer Weg, eine Feierstunde ab. Die Feier findet mit einer Kranzniederlegung ihren Abschluß. Auf dem Friedhof in Briß, Chausseestr. 145, veranstaltet die Brißer Kameradschaft, 9.45 Uhr, eine kurze Trauerfeier.

Ueber die Bedeutung der Offiziellbildung für die deutsche Republik wird Staatssekretär Krüger im preussischen Landwirtschaftsministerium auf einem Vortragsabend sprechen, den der Deutsche

Das Eid-Durcheinander.

Streit um das Freibier zweier Schupo-Beamten.

„Die Verhandlung ergab ein trauriges Bild von den Zuständen in einem Polizeirevier. Die Polizeibeamten haben sich nicht korrekt benommen, sie haben während ihres Dienstes getrunken.“ So sahte der Staatsanwalt gestern vor dem Einzelrichter Berlin-Mitte das Ergebnis einer Verhandlung zusammen. Er beantragte, den Angeklagten von der Anklage verkleumderischer Behauptungen gegen die Schupo-Beamten K. und F. freizusprechen. Das Gericht kam auch zu einem Freispruch.

Der Angeklagte S. war aus dem Polizeidienst wegen eines schweren Disziplinarvergehens entlassen worden. Er hatte bei zwei verschiedenen Gelegenheiten in trunkenem Zustande zu dem Schupowachmeister K. gesagt: „Bist doch nicht so an, Du hast ja mit mir während des Dienstes im Lokal getrunken“, und zu F.: „Aber eine Flasche Bier beim Eisenbahnförtnier schmeckt doch ganz gut.“ Beide Beamten fühlten sich durch diese Äußerungen beleidigt. S. erhielt einen Strafbefehl in Höhe von 30 M., er legte dagegen Einspruch ein. Vor Gericht erklärte er, für die Richtigkeit seiner Behauptungen Beweis führen zu wollen: K. habe mit ihm im Lokal Franke mehrere Rollen und ein anderer Beamter F. im Kantine des Eisenbahnförtners des Stettiner Bahnhofes je eine Flasche des von ihm spendierten Biers getrunken. Trotz dringender Ermahnungen des Richters, nun die Wahrheit zu sagen, bestritten beide Beamte unter Eid, mit dem Angeklagten während des Dienstes getrunken zu haben. Der Eisenbahnförtnier des Stettiner Bahnhofes bestätigte aber gleichfalls unter Eid die Behauptung des Angeklagten; er könne nur nicht sagen, wer der andere Schupo-Beamte gewesen sei. Der andere vom Angeklagten bezeichnete Schupo-Beamte B. erklärte wiederum unter seinem Eide, tatsächlich das von dem Angeklagten spendierte Bier getrunken zu haben — er nannte nur einen anderen Zeitpunkt —, er entsinne sich aber nicht, wer der andere Schupo-Beamte gewesen sei. Da aber S. in der Eisenbahnförtnerei nur einmal Bier spendiert hatte, so konnte dieser andere Schupo-Beamte nur F. gewesen sein. Wehnlich lagen die Dinge mit dem Eide des Schupo-Beamten K. Drei Zeugen bekundeten, daß K. tatsächlich mit dem Angeklagten einige Rollen getrunken habe. Der eine der drei Zeugen, die Frau M., behauptete

mit aller Bestimmtheit, daß sie auch den anderen Beamten, der gleichfalls dabei gewesen sei, wiedererkenne — entsprechend der Bestätigung des Angeklagten. Auch dieser Beamte G. bestritt dies unter seinem Eide. Der freigesprochene S. drohte im Korridor des Gerichts, gegen K. und F. Anzeige wegen Meineids erstatten zu wollen. Wer weiß, wie es ihnen dabei noch ergehen mag. Denn eine der beiden Parteien hatte in diesem Falle wissenschaftlich falsch ausgesagt. Welche nun?

Typ des Nazi-Verbrechens.

Mit Attentat auf Bürgermeister Seih fing er an.

Als politischen Fanatiker bezeichnete in einer Verhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht Köpenick der Staatsanwalt den Angeklagten, Walter Stefan Stafa, seit 1928 in Berlin wohnhaft.

Der jetzt 23 Jahre alte St. hat bereits eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten verbüßt, zu der er in Wien wegen eines Revolverattentats auf den dortigen Bürgermeister Seih verurteilt worden war. Diesmal war ihm ein Verstoß gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über den Waffenmißbrauch, sowie gemeinschaftliche Körperverletzung zur Last gelegt, weil er am 14. September, dem Tage der letzten Reichstagswahl, in Köpenick den Arbeiter Wilh. Brüdner auf der Straße überfallen, vom Rade gestochen und mit dem Revolver bedroht hat. St. gehörte dem Sturmtrupp Nordosten der Nationalsozialistischen Partei an und war mit etwa 15 anderen Nazis nach Köpenick gerufen worden, wo am diesem Tage mehrfach Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern stattgefunden hatten. Der Angeklagte leugnete hartnäckig, wurde aber durch verschiedene Tatzeugen überführt und zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Von der Zubüßung mildernden Umständen sah das Gericht ab, angesichts der vielen Exzesse politischer Art, durch die zur Zeit die Bevölkerung ständig beunruhigt wird.

Republikanische Reichsbund, Ortsgruppe Berlin, am Donnerstag, dem 27. November, 20 Uhr, im Saal des Demokratischen Klubhauses, Viktoriastraße 24, veranstaltet. Anschließend gefälliges Beisammensein. Eintritt frei! Gäste willkommen! Geschäftsstelle: Bernburger Straße 18, III (Telephon: Kurfürst 5490).

Einschränkung des Karnevals.

Verordnung des Kölner Regierungspräsidenten.

Köln, 21. November.

Der Regierungspräsident von Köln hat angeordnet, daß karnevalistische Sitzungen, Bälle, Treiben in öffentlichen Lokalen usw. grundsätzlich nur in der Zeit von vier Wochen vor Karnevalsbeginn an, an den drei Karnevalstagen selbst sowie am 11. November eines jeden Jahres, Silvester und Neujahr zugelassen werden sollen. Die Zeit, in der karnevalistische Veranstaltungen stattfinden können, beginnt also in diesem Winter am 17. Januar. Die Ortspolizeibehörden sind aber ermächtigt worden, für alle bereits feststehenden und mit den Saalbesitzern abgeschlossenen Festlichkeiten, insbesondere für die bereits jetzt feststehenden Veranstaltungen der Karnevalsgesellschaften, Ausnahmen für den Zeitraum vor Beginn der Karnevalszeit zu genehmigen. Diefelben Einschränkungen gelten für den gesamten Regierungsbezirk Köln. Die übrigen Regierungen der Rheinprovinz sowie die von Wiesbaden haben zugesagt, entsprechende Anordnungen zu treffen.

Helst der Jugend!

Der Arbeitskreis der Jugendscharen hat in den elf Jahren seines Bestehens schon ein gut Stück Arbeit geleistet, und sein Grundgedanke, keinen Unterschied zwischen Heiser und Betrettem zu machen, hat einer großen Zahl junger, verirrer Menschenkinder Selbstvertrauen und Zuversicht wiedergegeben. So lautete der erfreuliche Bericht des Vorsitzenden der Jugendscharen, F. G. Venhoff, im Rahmen eines Werbendamittags im Hause des Staatssekretärs Weismann. Und die Hilfsarbeit von Jugend zu Jugend geht Hand in Hand mit dem Dienst an der Nation, in deren Reihen man all diese seelisch Gefundenen und Bekämpften wieder einzureihen bestrebt ist. In eindrucksvollen Worten sprach Staatsminister Genosse Severing von der Jugend als der stärksten Hoffnung in unserer arg bedrängten Zeit, und es sollten sich noch viel mehr Herzen, aber auch Tausende öffnen, ihre Not zu lindern. Nicht jener Jugend sei dabei gedacht, die traumverloren am besseren Gestern hängt, sondern jener schwer und hart kämpfenden, die mit beiden Füßen fest in der Gegenwart wurzeln, um mit eigenem Mut und aus eigener

Kraft ihr Leben verbessernd zu gestalten. Eine von Lucie Höflich mit besonderem Vortrag wiedergegebene Erzählung aus den Gendarmen der Großstadt sowie klassische Musikvortrüge beschloßen den Nachmittag.

Heilsarmee im Zirkus.

Zirkus Busch sah am Bußtag ein ungewöhnliches Publikum in seiner großen Halle, alte Männer, aber auch jüngere Leute, denen man Not und Entbehrung ansah. Fast alle ärmlich gekleidet, nicht wenige der Alten trugen ehemals solche gewesen, jetzt aber verblüdete und verfallene Kleidung aus besseren Tagen. Verproletarisierter Mittelstand, Krieg und Inflation haben die paar Ersparnisse vernichtet; es geht ihnen offensichtlich nicht gut, sie suchen, wenn sie schon keine Hilfe finden können, wenigstens Trost. Die Heilsarmee hatte ihre Truppe beordert. Nachmittags fand ein geistliches Konzert statt am Abend eine „Selloveranstaltung“, geleitet von Kommandeur H. C. Wharmore, begleitet von Stabs-, Feld- und Sozialoffizieren, den Kadetten und der Stadtmusik. Es geht nach einer durchaus militärischen Rangordnung zu, Kommandeur Wharmore sprach sehr im Sinne des sozialen Ausgleichs, die reichen Leute sollten sich doch ihrer Pflichten erinnern. Auf der Gallerie jogte eine Frau, und es war viel Enttäuschung in ihrer Stimme: „Von den Reichen, nee, da triefen wir nicht“, welche Meinung offenbar von anderen geteilt wurde, denn man nickte zustimmend in der Umgebung. Aber am Schluß fanden sich doch einige Seelen, die gerettet werden wollten — — —, der Lohn für die Veranstaltung, die, wie immer bei der Heilsarmee, mit viel Geschick und Sinn für Massenpsychologie aufgezo-gen war.

Kepler-Gedenkfeier.

Der 300jährige Geburtstag Keplers wurde von der Treptower Sternwarte zum Anlaß einer würdigen Feier genommen. Dr. Bruno Borchardt umriß in der Gedächtnisrede das Leben und die Leistungen Keplers, der als Naturforscher zu den Wegbahnern der neuen Zeit gehört und der Lehre des Kopernikus recht eigentlich erst den Boden bereitet und so die moderne Astronomie und ihr Weltbild begründet hat. Dabei war er doch, wie ja selbstverständlich, durchaus ein Kind seiner Zeit und blieb sogar nach in manchem mittelalterlichen Vorurteil, wie dem Glauben an die Möglichkeit von Hexerei und Zauberei befangen, der eben mit seinem frommen Kirchenglauben unlöslich verknüpft war. Auch von der Einwirkung der Sterne auf irdische Geschehen war er fest überzeugt, wenn er auch die landläufigen Wahrsagungen der Astrologen als „Polen“ und „Aberwitz“ verspottete. Um so glänzender treten seine mathematischen und naturwissenschaftlichen Leistungen hervor, die, aus den Zeitverhältnissen entstanden und zu begreifen, doch zu den wenigen gehören, welche Ewigkeitswert besitzen.

Ein Abend Berliner Humors.

In der Gemeindechule Niederhagenow wurde veranstaltet die Kunstgalerie Treptow kürzlich einen volkstümlichen Berliner Abend. Käthe Virschei sang zu Anfang launige Alt-Berliner Volksweisen, darunter das Lied vom heimatmächtigen Zucken und seinem allzu anspruchsvollen Freiersmann, dem nicht einmal die „Inortesta“ Aussteuer mit Chignon und Pleureusenwedel, Reducule und Federhut das Jawort entlassen kann. Hierauf hielt Dr. Schmolke einen humorvollen sprachwissenschaftlichen Vortrag, der sich aber weniger mit der toten Theorie als der quicklebendigen Praxis befaßte. Zum Schluß sang Käthe Virschei moderne Berliner Operettenschlager, und das überfüllte Haus spendete den erheiterten Darbietungen herzlichsten Beifall.

Tragödie im Rose-Theater. Am Nachmittage hielt Irene Triesch mit schönem, wohlgepflegtem Organ Bidelstellen und aus Laßtlois Werken, singt Leo Schützendorj Ariens aus der „Aida“ und „Zaubersitte“. Am Abend geht Halbes „Jugend“ in Szene, die Tragödie der beiden jungen Menschen, die am ewigen Sündenfall und seinen menschlichen Räckern zugrunde gehen. Es wurde gut und natürlich gespielt. Traute Rose hatte für das freud- und leidvoll erbebende Kennen eine reiche Gefühlsfata auszuweisen, Willi Rose gab den Herzogswidder Hans Horowitz mit der notwendigen Härte; prächtig Arthur Krauswed als der allerschreiende Pörrer Hoppe, ebenso Paul Rose als dilettanter Zeid Schgorstl. Der Halbidiot Amadous war bei Hans Rose nicht gut ausgefallen; derartige Episoden erfordern mehr als im Rollenheft steht. Das volkstümliche Haus folgte teilnahmsvoll-ergriffen den Vorgängen auf der Bühne und belohnte die Darsteller mit Blumen-spenden.

Funkwinkel.

Wieder eine Programmvorschau, die man mit Nutzen hören, alle Köpfe besprach sehr sachlich und übersichtlich gruppiert die Programmpunkte, und der Hörer wurde in die Lage versetzt, seine Auswahl unter den Darbietungen zu treffen. Mehr noch: Sobald die Zeit es zuließ, erläuterte Köpfe, warum diese und jene Veranstaltung geplant sei und weshalb gerade in dieser Form. Die oft so sehr notwendige richtige Einstellung des Hörers für manche Darbietungen wurde damit hoffentlich geschaffen. — „Die letzte Tage von Johannes Brahms“ nannte sich ein Bericht, den Professor Richard Spedts-Wien gab. Der Vortrag stützte sich auf persönliche Erinnerungen, aber er war völlig frei von persönlicher Eitelkeit. Professor Spedts berichtete nur von Brahms, auch wenn er von sich selber sprach. Der Hörer durchlebte in lebendiger Gemeinschaft mit dem großen Meister die letzte tragische Zeit vor seinem Ende. — Das wichtige Problem „Wohnungsba u und Finanzierung im Rotprogramm“ behandelte Dr. Marie Elisabeth Lüders. Sie stellte knapp und sachlich die Tatsachen zusammen: In der Hochphase des Baugewerbes zahlte man in diesem Jahr 1 400 000 arbeitslose Bauarbeiter; die Hälfte der Hauszinssteuer soll künftig allgemeinen Finanzzwecken zugeführt werden; Kleinstwohnungen werden geplant, um erschwingliche Mietpreise zu schaffen. Die Vortragende, die nach Möglichkeit die Stellungnahme zu den einzelnen Fragen den Hörern überließ, konnte bei diesem letzten Punkt ihre Kritik nicht ganz unterdrücken. Hat es wirklich Sinn, fragte sie, primitiv, allen Kulturforderungen widersprechende Wohnungen zu schaffen, die nicht nur für ihre Bewohner eine Schädigung bedeuten, sondern die auch in wenigen Jahren bei einigermaßen gebesserten wirtschaftlichen Verhältnissen völlig wertlos werden müssen und also einen Kapitalverlust bedeuten? Ja, es

Spekulationsgewinne.

Sozialdemokratie fordert scharfe Besteuerung.

Von W. Kell, M. d. R.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Initiationsgesetzentwurf eingebracht, der zwei Änderungen des Einkommensteuergesetzes bezweckt. Erstens sollen die Spekulationsgewinne uneingeschränkt zur Einkommensteuer herangezogen werden, zweitens soll die Besteuerung nach dem Verbrauch erfolgen, wenn der Verbrauch jährlich mindestens 8000 Mark beträgt, nicht erst, wie das geltende Gesetz bestimmt, wenn er 15000 Mark beträgt.

Die Besteuerung der Spekulationsgewinne ist eine alte Streitfrage. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Gewinne aus der Spekulation mit Wertpapieren und Grundstücken. Die Sozialdemokratie hat stets den Standpunkt vertreten, daß die Spekulationsgewinne uneingeschränkt der Besteuerung zu unterwerfen seien. Im Erbschaftsteuergesetz von 1920 hat sie diese Forderung auch durchgesetzt. Alle durch Veräußerungsgeschäfte erzielten Gewinne waren nach diesem Gesetz steuerpflichtig. Aber das Gesetz war kaum in Kraft getreten, da löbte der neu in den Reichstag gewählte deutschnationale Führer Dr. Heißlerich gemeinsam mit dem volksparteilichen Unternehmerrundkreis Dr. Beder und dem Zentrumsinflußkreisen den Antrag auf die sozialdemokratische Regierung Fehrenbach einen in starken Einfluß aus, daß schon 1921 eine Änderung durchgesetzt wurde, wonach die Gewinne aus Veräußerungsgeschäften nur dann steuerpflichtig waren, wenn der Erwerb des veräußerten Gegenstandes zum Zweck gewinnbringender Wiederveräußerung erfolgt ist. Es mußte also den Spekulantern die Absicht der Spekulation nachgewiesen werden, was in 99 Proz. der Fälle nicht möglich war.

Bei Beratung des heute noch geltenden Einkommensteuergesetzes von 1925 ließ sich die Regierung Luther ihren ursprünglichen Entwürfen, die eine gewisse Verbesserung brachte, von den Antirentenhäusern in ihrem Lager wieder in der Weise verschleiern, daß Spekulationsgewinne nur dann als steuerpflichtig galten, wenn zwischen Kauf und Verkauf bei Grundstücken weniger als zwei Jahre, bei Wertpapieren weniger als drei Monate liegen. Wer also in den Jahren der großen Kurssteigerung Wertpapiere nach einer Besitzdauer von drei Monaten und drei Tagen veräußerte, blieb mit seinem Gewinn völlig steuerfrei. Dieser Rechtszustand gilt heute noch.

Die Sozialdemokratie beantragte nun, jede Einschränkung in der Besteuerung der Spekulationsgewinne aufzuheben.

Gewiß kommt dem Antrag zur Zeit für die Reichstasse keine große Bedeutung zu, da bei den im letzten Jahr stark gestiegenen Kursen nur in seltenen Fällen Spekulationsgewinne gemacht worden sind. Die Hunderte von Millionen, die ein nationalsozialistischer Richtmeister kürzlich im Reichstag aus dieser Quelle gläubig schöpfen zu können, sind daher Traumgebilde.

Wenn nun bei der trostlosen Finanzlage des Reiches zur schärfsten Belastung mühsam erworbener kleiner Einkommen geschritten wird, so ist es eine selbstverständliche moralische Verpflichtung erster Ordnung, an den mühselos erarbeiteten Spekulationsgewinnen nicht vorüberzugehen. Den Nationalsozialisten, die der Sozialdemokratie die Forderung der Besteuerung der Spekulationsgewinne zu Agitationszwecken abgeschrieben haben, wird nun Gelegenheit gegeben, vom Mundspigen zum Pfaffen überzugehen.

Der zweite Teil des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs ist ebensowohl begründet wie der erste. Die Zahl der Steuerpflichtigen, die erklären, daß sie kein steuerbares Einkommen haben und trotzdem gut leben, oder die ein Einkommen angeben, das unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse in einem offensichtlichen Mißverhältnis zu ihrem Verbrauch steht, ist nicht klein und wächst in der Zeit der Krise fortgesetzt. Es gilt dies besonders von reichen Grundbesitzern. In diesen Fällen kann nach dem geltenden Recht der Verbrauch an Stelle des Einkommens der Besteuerung zugrundegelegt werden, jedoch nur dann, wenn der Verbrauch mindestens 15000 Mark jährlich beträgt. Diese Verbrauchsanzahl war schon früher viel zu hoch gezogen. Nun müht sich aber bekanntlich die Regierung mit der Preisentlastung ab. Da ist es doch wohl selbstverständlich, daß auch diese Grenze herabgesetzt, d. h. der Besteuerung nach dem Verbrauch ein weiterer Spielraum gewährt werden muß. Warum soll ein Steuerpflichtiger, der 10000 Mark verbraucht und nur 3000 Mark Einkommen angibt, nicht nach dem Verbrauch bestraft werden? Der sozialdemokratische Gesetzentwurf verlangt aber weiter, daß die Besteuerung nach dem Verbrauch in solchen Fällen erfolgen muß, er will also die Anwendung dieser Bestimmung dem freien Belieben der Steuerbehörden entziehen. Der Reichstasse wird eine solche Änderung des Einkommensteuergesetzes nur zum Vorteil gereichen.

Abbruch von Zollmauern — in Großbritannien.

In einer Zeit, wo der Weizen aller Schutzzöllner in der Welt blüht, hat die Labourregierung in England einen Zollabbau beschlossen, der angelegentlich der scharfen Widerstände in der englischen Industrie sensationell wirkt.

Nach den Erklärungen des Handelsministers Graham wird die Regierung am 15. Januar das berüchtigte Farbstoffgesetz (Dyestuff Act) außer Kraft setzen. Dieses Gesetz sah vor, daß nur solche Farbstoffe nach England eingeführt werden dürfen, die von der einheimischen Industrie überhaupt nicht oder nur zu einem Preise fabriziert werden, der den Weltmarktpreis in einer bestimmten Höhe übersteigt. Für alle anderen Farbstoffe bestand also ein solches Einfuhrverbot, das die deutsche Chemieindustrie besonders hart traf. Die Konservern haben dieser Maßnahme des Labourkabinetts schärfsten Kampf angelegt.

Zugleich hat Snowden im Unterhaus mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Schutzfrist für verschiedene Industriezweige nicht mehr in Frage käme. Es werden daher im nächsten Monat die Schutzzölle für Handschuhe, verschiedene Stahlwaren und Glühstrümpfe außer Kraft gesetzt.

Abkühlung der Bomag-Aequin. Die Berlin-Anhalter Maschinenbau A.-G. in Berlin-Rehbit (Bomag-Aequin A.-G.) schließt ihr Geschäftsjahr 1929/30 wieder ohne Dividende ab. Nach Abzug von 0,83 gegen 0,75 Millionen Mark Abschreibungen und 1,13 gegen 1,32 Millionen Mark Kosten, wird ein Reingewinn von 100.585 gegen rund 270.000 M. im Vorjahr ausgewiesen.

Erzwingene Kohlenpreissenkung.

Sie geht über die angekündigten 6 Prozent hinaus.

Der Preis für Fettsäurekohle ist in der gestrigen Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats um 1,50 M. für die Tonne mit Wirkung ab 1. Dezember ermäßigt worden, das sind rund 9 Proz. Die Preisentlastung für die übrigen Sorten erfolgt in Anpassung an die Marktgängigkeit der einzelnen Sorten differenziert. Die Preisentlastung für Fettsäurekohle geht damit über das beabsichtigte Maß von 6 Proz., das sich auf den Gesamterlös des Syndikats bezieht, hinaus.

Die jetzt beschlossene Senkung der Kohlenpreise war längst fällig. Immerhin ist sie ein Ereignis von weittragender wirtschaftlicher Bedeutung. Die Kohle ist ein Rohstoff, der auf allen Stufen der industriellen Produktion, auf allen Stufen des Verkehrs gebraucht wird und auch eine ganz besonders große Rolle als Hausbrand im Haushalt der breiten Massen spielt. Ihre Verbilligung an der Quelle wirkt sich deshalb für alle Fertigungsstadien, auch für alle im Lebenshaushalt der arbeitenden Massen wichtigen Gegenstände aus.

Die jetzt endlich erfolgte Senkung der Kohlenpreise ist aber keineswegs ein Verdienst von irgend wem, weder der Zechenherren, noch der Reichsregierung, der der Kanzler bei der Reichstagsöffnung die sechsprozentige Kohlenpreissenkung als Verdienst anrechnete, noch auch eigentlich der öffentlichen Meinung. Die Senkung der Kohlenpreise ist erzwungen worden, erzwungen worden durch die für die deutschen Zechenherren bei den jetzigen Kohlenpreisen unerträglich gewordene Marktlage und die diese auf das schärfste beeinflussende ausländische Konkurrenz.

Bei der Kohle gibt es im Gegensatz zum Eisen keinen Gebietschutz. Infolgedessen kann ausländische Kohle nach Maßgabe der Frachtkosten ins Inland eindringen, wenn die inländischen Preise und Frachten der ausländischen Konkurrenz keinen Widerstand entgegenzusetzen können. Diese ausländische Konkurrenz, besonders die englische, ist in den letzten Monaten unerträglich geworden. Der englische Import betrug von Januar bis September d. J. bereits 5,2 Millionen Tonnen, hat sich seit September noch ganz bedeutend erhöht, gegenüber 5,4 Millionen Tonnen im ganzen Jahr 1929 und nur 4,6 Millionen Tonnen im ganzen Jahr 1928. Die Abwehr des ausländischen Imports war bisher schon nur möglich durch eine die Enderlöse sehr drohende Erhöhung der sogenannten Umlagen. Es ist in den letzten Wochen soweit gekommen, daß englische Kohle sogar bis nach Sachsen und Schleisien vorgebracht ist. Auf der anderen Seite haben sich die Zinsverluste durch die massenhaft auf Halbe gewordenen, nichtabhebbaren Kohlen ganz außerordentlich erhöht. Keine Rede ist also davon, daß irgendwer die jetzige Kohlenpreissenkung sich als Verdienst anrechnen darf. Im nachdrücklichsten wird das auch dadurch bewiesen, daß man sicher nicht über die

vorgezeichneten 6 Proz. hinausgegangen wäre, wenn nicht der bitterste wirtschaftliche Zwang vorgelegen hätte.

Man muß im Gegenteil sagen, daß die Kohlenpreissenkung sowohl viel zu spät vorgenommen worden ist, als auch wahrscheinlich jetzt noch in einem zu geringen Ausmaß. Man muß sich erinnern, daß die jetzigen Kohlenpreise festgelegt wurden in einer Zeit, als die allgemeine Wirtschaftslage schon die ersten Anzeichen des Rückgangs aufwies. Man hat im Jahre 1928 die Kohlenpreise im Durchschnitt um je 2 Mark pro Tonne erhöht, man hat unverantwortlicher Weise mit dem Abbau dieser überhöhten Preise bis jetzt gezögert und auch in der ernstesten Absatznot beseitigt man noch nicht einmal voll die im Jahre 1928 vorgenommene Erhöhung. Es ist also alles weniger als wahrscheinlich, daß die jetzige Kohlenpreissenkung, die vielen überraschend günstig erscheinen mag, angesichts der bestehenden Marktlage ausreichen wird.

Billigere Kohlen öffnen den Weg für Preisentlastungen in größerem Maßstab in der gesamten übrigen Rohstoffproduktion, besonders für Eisen, für die meisten Baustoffe, den Verkehr, die Stromerzeugung, bei allen Fertigerzeugnissen. Selbstverständlich, daß die Kohlenverbilligung nicht auf dem Weg zum Konsumenten hängen bleiben darf. Die Wirkung der Verbilligung kann aber noch verstärkt werden, wenn die Konzern- und Großhändlerspannen abgebaut werden, wie es der Reichswirtschaftsrat gefordert hat. Darum muß sich die Reichsregierung ernstlich kümmern.

Man übertrifft nicht mit der Behauptung, daß die jetzt durch die Tatsachen erzwungene Kohlenpreissenkung den Zusammenbruch der bisherigen deutschen Kohlenpreispolitik darstellt. Die Dinge liegen hier nicht anders wie beim Eisen. Die Eisenindustrie wird in den nächsten Tagen vor derselben Situation stehen wie die Zechenherren, nur daß die Lage trotz des Gebietschutzes volkswirtschaftlich noch viel trauriger und gefährlicher ist. Regierung und Öffentlichkeit müssen daraus den Schluß ziehen,

wie grundverkehrt es gewesen ist, so lange mit der Anwendung des schärfsten Druckes auf die monopolistischen Rohstoffindustrien und ihre Kartelle zu warten.

Monopolistische Kartelle verdienen keine Schonung. Werden sie geschozt, so rächt sich das an der Gesamtwirtschaft.

Noch eine weitere Lehre muß gewonnen werden: die Entwicklung der Löhne hat mit einem Zwang zur Hochhaltung der Preise nicht das allgeringste zu tun. Das von der Regierung verkündete Prinzip, Lohn- und Preisentlastung zu verknüpfen, ist eine volkswirtschaftliche Torheit. Dieses Prinzip muß preisgegeben werden. Daraus werden auch die nötigen Konsequenzen zu ziehen sein, wenn über die Bergarbeiterlöhne verhandelt werden wird.

Staffelung der Strompreise!

Können die Berliner Elektrizitätsstarife gesenkt werden?

Wir erhalten zur Berliner Strompreisfrage folgende anregende Zuschrift:

Vor kurzem richtete das Reichswirtschaftsministerium an die Länderregierungen ein Schreiben, worin gebeten wurde, auf die öffentlichen Versorgungsunternehmen (Elektrizität, Gas- und Wasserwerke) einen Druck zur Senkung der Tarife auszuüben. Bisher ist auf diesem Gebiete noch wenig geschehen.

Kohlenpreise und Stromkosten.

Es ist zuzugeben, daß die Kohlenpreissenkung um 6 Proz. nur von geringem Einfluß auf die Höhe der Elektrizitätsstarife sein kann. Auch der „Vorwärts“ hat hierauf bereits hingewiesen. Ein paar Zahlen zur Veranschaulichung: Die Bomag hatte 1929 eine eigene Stromerzeugung von 1118,2 Millionen Kilowattstunden. Für die Erzeugung dieser 1118,2 Millionen Kilowattstunden wurden 786 000 Tonnen Kohle verfeuert, teils in Form von Steinkohle (Griestahle usw.), teils in Form billiger Staubkohle. Der Preis stellte sich im Durchschnitt auf über 10 Mark (ohne Fracht) je Tonne. Die Kohlenkosten stellen sich also auf etwa 0,7 Pfennig je Kilowattstunde. Eine Senkung der Kohlenpreise um 6 Proz. bedeutet eine Verminderung der Herstellungskosten um 0,042 Pfennig je Kilowattstunde. Es wäre natürlich sinnlos, den Tarifsatz je Kilowattstunde von 20 auf 19,958 Pfennig zu senken. Immerhin beträgt für die Bomag die Ersparnis an Kohlenkosten, aufs Jahr gerechnet, etwa 470 000 Mark. (Würde der Kohlenpreis um 10 Proz. gesenkt, wie es heißt, so wäre die Ersparnis entsprechend höher, d. h. 6,3.) Es ist selbstverständlich, daß diese Ersparnis den letzten Abnehmern auf irgendeine Weise zugute kommen muß. Sie würde sich bei Senkung der Frachtkosten durch die Reichsbahn um einige 100 000 Mark vergrößern.

Gleichwohl ist eine Senkung der Elektrizitätskosten für den Massenhaushalt unbedingt erforderlich; aber der Schwerpunkt liegt wahrscheinlich mehr in einer besseren Erfassung des Verbrauchs. Zur Zeit kostet in Berlin eine Kilowattstunde 20 Pf., wozu noch ein Teil der Grundgebühr zu rechnen ist. Von diesen 20 Pfennig behält die Bomag aber nur 14 Pfennig. Den Rest erhält die Stadt Berlin als Abgabe. Wollte man diese 6 Pfennig zur Senkung der Strompreise streichen, so müßten neue Steuern als Ersatz erhoben werden. Die Ausgaben der Bomag sind zum großen Teil nicht laufende, bewegliche Kosten (Kohlenkosten, Löhne und Gehälter, sonstige Betriebsmittel), sondern feste Kosten (Zinsen, Abschreibungen usw.), die von keinem Preisabbau betroffen werden.

Das folgende anschauliche Bild gilt für ein mittleres Dampfwerk und zeigt, wie die Stromkosten bei höherer Ausnutzung der Anlagen auf einen kleinen Bruchteil zusammenschrumpfen.

| Jährliche Verbrauchsleistung | Stromkosten je kWh in Pfennig |
|---------------------------------|----------------------------------|
| 300 | 60,6 |
| 1 000 | 20,0 |
| 2 000 | 11,3 |
| 4 000 | 6,9 |

Die Ziffern der Bomag mögen niedriger liegen, doch dürfte das Verhältnis etwa so sein: Infolge des überragenden Anteils der

festen Kosten ist die Kilowattstunde dann am billigsten, wenn der Stromläufer keine Anlage so stark wie möglich ausnützt.

Im Durchschnitt verbraucht ein Berliner Haushalt etwa 150 Kilowattstunden jährlich, d. h. 12 Kilowattstunden im Monat.

Der Hauptteil dieses Verbrauchs fällt in die Abendstunden, wo alle Kleinverbraucher ihre elektrische Beleuchtung benutzen. Nachts und den größten Teil des Tages stehen die Maschinen, die diesen abendlichen Lichtstrom erzeugen, teilsweise still, das ganze teure Verteilungsgesetz wird nur zu einem Bruchteil ausgenutzt. Wenn es z. B. möglich wäre, den Umlauf zu verdoppeln, und zwar so, daß die Erzeugungsmaschinen, die Transformatoren, die Verteileranlagen länger als bisher benutzt werden, so kann die Kilowattstunde zu einem wesentlich niedrigeren Preis abgegeben werden als bisher.

Man sollte daher die Elektrizitätsstarife nicht in ihrer jetzigen Starrheit belassen, man sollte sie vielmehr, entsprechend der erwähnten Kostenzusammensetzung, kassieren, um einen Mehrverbrauch zu erzielen.

Man kann hierzu folgende Rechnung machen: Der Stromverbrauch beträgt monatlich im Durchschnitt je Haushalt 12 Kilowattstunden. Würde ein Mehrverbrauch erzielt werden, so verteilten sich die festen Kosten (wozu ja auch die Abgaben an die Stadt gehören) auf einen entsprechend höheren Umlauf. Um den erwünschten Mehrverbrauch zu erzielen, müßte die Kilowattstunde bei einem Verbrauch von monatlich mehr als 15 Kilowattstunden auf 10 bis 12 Pfennig gesenkt werden, bei einem Verbrauch von mehr als 30 Kilowattstunden monatlich vielleicht auf 6 bis 8 Pfennig. Der Verbraucher von monatlich 40 Kilowattstunden hätte also zu zahlen: für die 15 ersten Kilowattstunden je 20 Pfennig, für die 15 nächsten Kilowattstunden je 10 bis 12 Pfennig, für die 10 weiteren Kilowattstunden 6 bis 8 Pfennig, zusammen also 3,10 bis 3,60 Mark statt nach dem bisherigen Tarif 8 Mark.

Wahrscheinlich würde es sich empfehlen, diese Staffelung in ein bestimmtes Verhältnis zum Anschlußwert (nach dem sich die Grundgebühr richtet) zu legen, damit sich bei vermehrtem Elektrizitätsverbrauch die Staffelung für den kleineren Verbraucher in demselben Maße auswirkt wie für große Haushaltungen.

Wenn die gegenwärtige Krise nur von der Verbrauchsseite her überwunden werden kann, so gilt dies für die Elektrizitätswirtschaft in einem noch stärkeren Maß als für andere Industrien.

In einem gesteigerten Umlauf liegt der Schlüssel zu einem radikalen Abbau der Elektrizitätskosten.

Eine sechsprozentige Kohlenverbilligung bedeutet für die Bomag, wie wir sahen, eine Ersparnis von nicht ganz einer halben Million Mark. Wie wäre es, wenn die Bomag diese Summe benutzte, um veruchsweise eine radikale Staffelung zu riskieren? Für den Verbraucher und die Bomag könnte sich dieser Versuch gleichermaßen bezahlt machen. Nachdem zahlreiche Elektrizitätsgesellschaften der Vereinigten Staaten und Englands mit solchen Staffeltarifen durchschlagende Erfolge verzeichnet haben, würde es nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn es in Deutschland anders sein sollte.

Andreas Hagy: Die Marienkäferchen

(Schluß)

Mit herabquellenden Augen starrte ich hinein und sah, Höllenqualen erdulden, wie weißgekleidete Kellner zwischen eisernen, roten Bänden kleine vernickelte Wägelchen vor sich her schieben, auf denen Schälchen mit gebratenen Kapuzinen und Bachsmanonaisen aufgesetzt waren. Es wäre weiter kein Wunder gewesen, wenn ich bei dem Anblick in diesem Zustande den Verstand verloren hätte. Im nächsten Augenblick glaubte ich wirklich, verrückt geworden zu sein. Stellt euch vor, während meine gerungenen Blicke die Fahrt des Kapuzins verfolgten, sah ich den Redakteur vor einem der Tische sitzen. In blühender Gesundheit sah er dort mit einer weißen Serviette im Kragen und legte gerade ein großes Stück Kapuzin auf seinen Teller. Wahrhaftig, er sah wieder wie ein Toter noch wie ein Geist aus. Natürlich hätte ich meinen stummenden Augen allein nicht getraut, aber auch er bemerkte mich und winkte mir freundlich zu, heranzukommen. Ich stürzte mit solcher Freude hinein, daß ich in einem großen Kristallspiegel fast mit mir selbst zusammenstieß. Der Redakteur empfing mich freundlich, aber ungeduldig, ohne die geringste Verlegenheit. Mit keinem Worte versuchte er mir seine wunderbare Auferstehung zu erklären. Er bat mich, Platz zu nehmen und sagte höflich:

„Ich hoffe, du hast noch nicht diniert?“

„Weder heute noch gestern. Seit du gestorben bist, trauere ich noch in einemfort!“

„Nun, dann bist du hier am rechten Platz! Ich muß bezeugen, daß die Küche hier ganz erträglich ist, es ist übrigens am besten, wenn du dich davon selbst überzeugst.“

Er war wirklich ein nobler Gastgeber. Mit freundlichem Grobmut sprach er mit mir, mich so recht hineinzuziehen. Freilich hatte ich keine übertriebenen Hemmungen. Ich aß ein süßliches Menu herunter, abgesehen von den Artischokenböden bis zum Calvilleapfel, und nach dem Wodka bot er mir eine Havana an. Glücklicherweise lehnte ich mich zurück und sagte freundlich zwinkernd:

„Na, du mußt ja ordentlich mit Gold bespaßt sein!“

Der Redakteur erwiderte unvermindert freundlich:

„Nicht einen roten Heller habe ich in der Tasche!“

Der blumige Duft der Havana blieb mir fast in der Kehle stecken, aber ich ermunterte mich noch mal, er scherzte vernehmlich nur. „Nana, Freundchen, ohne einen Sous kann man nicht so diniern.“

„Wie blöde du bist! Ich lebe ja nur darum so gut, weil ich kein Geld habe. Wenn man nichts hat, ist es gleich, ob es sich um einen oder um hundert Franken handelt. Und wenn es schon mit der Rechnung Konflikte gibt, dann sind hier die Kellner immer noch angenehmer als in einer schmutzigen, kleinen Vorstadtkaberne.“

Gegen diese Logik war ja nichts einzuwenden, aber das großartige Menu drückte mich jetzt so im Magen, als hätte ich Kieselsteine diniert. Ich bin selbst ein abenteuerliebender Mensch und schätze sensationelle Begebenheiten, aber die Sensation, von einem Hausknecht auf die Straße befördert zu werden, möchte ich nie besonders. Den Redakteur rührte meine mitleiderregende Miene, und er sagte zum Trost:

„Kümmere dich um nichts, du gehst jetzt schon fort, das übrige werde ich erledigen.“

Das war ein Wort nach meinem Herzen. Ich konnte meine Freude kaum verbergen und fragte ihn teilnahmsvoll:

„Und was soll mit dir geschehen, alter Kumpan?“

Mit überlegener Freundlichkeit erwiderte er:

„Um mich brauchst du keine Angst zu haben. Wenn es zum Zahlen kommt, siehe ich sowieso.“

Ich schmitzte eine so idiotische Frage, daß er fröhlich aufschrie.

„Nun ja . . . Du erlebst es doch gestern im Bois! Ich sterbe und dann kann mir nichts mehr passieren. Begreifst du denn nicht?“

Natürlich begriff ich nicht. Der Redakteur füllte zwei Gläser mit schönem Chartreuse und stieß mit mir an.

„Ich will es dir gleich erklären, aber zuerst trinken wir einen. Nach einem guten Diner gibt es kein angenehmeres Getränk als Chartreuse. . . . Also . . . Ich erwähnte bereits, daß einer meiner Ahnen ein maurischer Fürst war. Er hatte einen hochgelehrten arabischen Leibarzt, und von diesem erbten wir eine wunderbare Pille, die er erfunden hat. Diese Pille wirkt so, daß man unerschütterlich scheint und, wenn man eine davon schluckt. Einen Tag lang ist man ein so vollkommener Toter, daß es auf der ganzen Welt keinen Leichenbeschauer gibt, der einen für lebendig hätte.“

Du sahst es ja gestern im Bois. Welcher Meinung nach ist dieses Wundermittel die allergrößte Wohltat. Denn überlege es dir richtig: man kann sich zu den größten Tollkühnheiten entschließen, wenn man daran denkt, daß man gleich danach sowieso stirbt, also alles egal ist. Auch du hastest sicherlich schon jene angenehme Art von Träumen, in denen dich allerlei schreckliche Gefahren umgaben. Du aber wußtest, daß alles nur ein Traum sei und sicherst still in deinen Bart. Wenn es dir zu bunt wurde, erwachtest du einfach. Dies könnten alle lebenden Menschen empfinden, wenn sie nicht durch ihre blöde Erziehung vom Gedanken des Todes entfremdet worden wären. Nun, diese Pille verschafft mir alle Vorteile des Todes, ohne daß ich wirklich sterben müßte. Und jetzt zum Beispiel habe ich gut gegessen, und wenn man mir dann die Rechnung vorlegt, werde ich statt zu zahlen einfach sterben. Sie selbst werden mich noch mit der Rettungsgesellschaft abtransportieren lassen, ich schlafe mich gut aus und dann sehe ich mein Leben wieder fort, wo ich damit aufhöre. Das ist doch großartig! Ich muß bemerken, daß der arabische Arzt diese Idee aller Annahme nach aus der Tierwelt plagiierte. Du selbst hast das ganze sicherlich schon oft erlebt, wenn du ein Marienkäferchen in die Hand nimmst. Bloßlich legte er sich auf den Rücken, streckte die Beine aus und du warfst ihn vor selbst voll Absehn fort, wie einen Leichnam. Dann aber spannte er seine Flügelchen aus und schwirrte davon wie der Blitz. . . . Das ist eine herrliche Erfindung, Freundchen.“

Mein Kinn fiel herab vor Staunen. Aber dann fiel mir etwas ein.

„Und was geschieht, wenn sie dich sezieren?“ fragte ich ihn.

Das Antlitz des Redakteurs erlebte, seine schwarzen Augen sahen mich voll fürchtbarem Entsetzen an und seine Stimme verwandelte sich plötzlich in leises Röcheln.

„Der Schlag soll dich treffen!“ flüchelte er.

„Aber weshalb? Was tat ich denn?“

„Der Teufel hat dich mir nur darum in den Weg geführt, damit du mich daran erinnerst! Ich habe an diese Möglichkeit bisher noch nie gedacht. . . . Jetzt ist es also aus. . . . aus für immer!“

Er sah mit bitterem Gelächter auf die Reste des großartigen Mahls nieder und wiederholte vor sich hinschreitend todernst:

„Aus . . . jetzt ist es zu Ende!“

Ich erschrak bei dem Gedanken, daß jetzt vermutlich die ganze Geschichte mit der Rechnung mir auf den Hals rückte. Wozu leugnen, es war häßliche Selbsttötung von mir, aber ich sagte bereits, daß ich gerade diese Art von Sensation nicht mehr schätze. Ich sprach ihm also zu, er möge noch dieses eine Mal ruhig sterben, ich würde draußen auf der Straße auf und ab schlendern und mich dann als sein Angehöriger melden. Und wer Angehörige hat, wird ja nicht sezieren.

Darin einigten wir uns, ich ging hinaus auf die Straße und wartete erregt auf das Kommen. Zwischen durch schrie ich in meiner Erinnerung die fürstliche Mahlzeit auf und dachte gerührt an den edelmütigen Freund, dem ich das alles zu verdanken hatte. Ich schwor mir zu, ewig treu neben ihm auszuharren.

Aber der Mensch ist ein Spielball des Zufalls. Als ich dort mit geröteten Wangen und ersticktem Blutkreislauf, mit allen neu erwachten Sehnsüchten des Lebens, einen qualmenden Havana-Stimmeln zwischen den Zähnen, stand, kam gerade Pauline vorbei, die süße, niedliche, kleine Pauline. Sie war eine Polin, angeblühte Gebrauchsgroßhändlerin und pflegte in den Nächten die Vergnügungstätten von Elysee zu durchschwärmen. Sie empfand gleich die suggestive Kraft des Wohllebens in mir und war noch nie so freundlich zu mir gewesen wie gerade jetzt. Sie sagte, sie ginge eben heim und fragte mich, ob ich denn keine Lust hätte, sie zu begleiten.

Ich will ja nichts sagen. . . . Es war eine Gemeinheit von mir. Aber wer sich schon in einer ähnlichen Lage befand, nach einem reichhaltigen Mahl, in Gesellschaft eines schlanken kleinen Mädchens mit lächelnden Augen, der wird vielleicht nach ein paar mildernden Momenten suchen, ehe er den ersten Stein auf mich wirft.

Ich habe den Redakteur nie wiedergesehen. (Hier endete Nikolaj Kostitsch seine Erzählung. Einer der Anwesenden bemerkte:

„Das mit den Bissen glaube ich dir ohne weiteres, aber daß sich in ganz Paris ein hübsches junges Mädchen fand, die dich eingeladen hätte, sie heimzubringen, kannst du deiner Großmutter erzählen.“) (Nebenbei von Alexander von Sachse-Mosch.)

wird nicht geschickt; und Onkel Studio, meine Konkurrenz, mischt sich nie in Eheangelegenheiten seines Bruders und mischt sich auch hier nicht ein, sondern säuft. Rena Hansen, die ebenfalls heftig ist, möchte zwar den Arzt haben, aber der Bauer will sparen und kurlert mit Hausmitteln. Nach zehn Tagen kommt, was zu erwarten war: das Kind hat Atemnot. Der Bauer heuchelt Ruhe und schickt nach mir. Ich bin nicht da; bin in einem Nachbardorf; es gibt genug solche Fälle. Wo es eins von vielen Kindern trifft, geht es ohne großes Getöse ab; das Land ist dem Tode gegenüber nicht sentimental; aber wo es um einen, nach zwanzig Jahren zitternder Erwartung wie durch ein Wunder bescherten Stammhalter eines uralten Geschlechts geht: da ist das anders. Als der Knecht zurückkehrt, ist der Atem des Kindes schon fast röchelnd, die Mutter schreit in hilfloser Verzweiflung; der Bauer befiehlt dem Knecht, anzuspinnen, er soll ins Nachbardorf fahren und mich holen; im letzten Moment springt der Bauer selbst mit auf den Wagen, um mich bestimmt zum sofortigen Willkommen zu veranlassen; die Frau bleibt mit dem Kinde und einer Magd allein.

Was nun kommt, kann ich mir nur aus Erzählungen der Magd, der Bäuerin, des Hannes Hansen zusammensetzen. Er, Onkel Studio, kommt nach Hause, während sein Bruder mich holt. Er ist betrunken und unbeteiligt wie immer; heute vielleicht noch ein bißchen mehr als sonst. Am Tisch in der Diele schläft er wie gewöhnlich ein. Schreie aus dem Schlafzimmer wecken ihn nicht. Die Magd rüttelt ihn hoch. In ihrer Raschheit ist sie in die Diele gestürzt, hat ihn gefunden, zerrt ihn an das Bett: das Kind ist schon blau auf den Boden, seine Augen quellen bläulich aus dem gedunsenen Gesicht, die Geschwulst hat ihm bereits den Luftweg verschlossen. Die Mutter sieht den Schwager, eine letzte, sinnlose Hoffnung brennt in ihr hoch, strahlt in ihrem gestammelten Satz: „Hannes, du bist doch auch etwas wie'n Doktor — hilf doch!“

Und nun geschieht etwas Tolles, beinahe Unwirkliches, Unheimliches. Da steht also ein verlassener Mensch, der schon fast das Delirium, der bestimmt schon den Tatterich hat, der vor zwanzig Jahren zum letzten Male einen Derationsaal gesehen hat. Dieser Mann sieht das erstickende Kind, hört die Frau — und ist plötzlich nüchtern, vollständig nüchtern; hat plötzlich feste Hände, festen Geistes, vollständig nüchtern; ist plötzlich zwanzig Jahre jünger. Eine Erinnerung verläßt die Tiefe seines Bewußtseins und wird Wissen, gegenwärtiges Wissen: die Erinnerung an die Tracheotomie, den Kehlschnitt. Das ist eine früher bei Diphtherie in der höchsten Not viel angewandte Operation: in die Kehle wird an einer bestimmten Stelle, die nicht verfehlt werden darf, ein Einschnitt gemacht, der die Luftröhre öffnet; dahinein wird dann eine Kanüle geführt, durch die der Kranke atmen kann.

Dieser eben noch betrunkenen Mensch also geht aus der Kammer und an seinen Schrank, holt seine seit zwanzig Jahren vergessenen Instrumente heraus, wäscht gewissenhaft ein geeignetes Messer, findet auch eine Kanüle. Als er nach einer Minute wieder vor dem Bett steht mit dem Messer in der Hand, wirft sich die Magd ihm in den Arm: sie glaubt an Nord oder Luft eines Trunkenen. Er schleudert das Mädchen mit einem Faustschlag beiseite, der es ohnmächtig macht. Die Mutter betet zu ihm mit gefalteten Händen. Das Kind hat schon zu atmen aufgehört. Er stößt ihm das Messer in die Kehle, genau an der richtigen Stelle, er führt ohne eine Sekunde Zeitverlust die Kanüle ein, kein Tropfen Blut kann eindringen und das Werk geföhrt — die Luft strömt in die Lungen durch den neuen, silbernen Weg, das Kind beginnt wieder zu atmen, atmet tief und bald ruhiger und lebt.

Das alles hat drei Minuten gedauert.

Eine halbe Stunde später rast der Wagen des Bauern heran, in dem auch ich sitze. Ich finde das Kind operiert, einwandfrei operiert und mit Gewißheit gerettet, finde die Mutter weinend vor Glück und unfähig, klare Auskunft zu geben, und den Onkel Studio — schlafend! Jamohl, schlafend, vor ihm liegt das Operationsmesser und schimmernd silbern und friedlich. Was ich ihn wecke, ist er schon wieder nichts als ein Alkoholiker, der zittert und seinen Rausch ausschloßen muß und glaubwürdig erklärt, sich an nichts zu erinnern, an gar nichts. . . .

Woher dann ich die Vorgänge in seinem Innern weiß, wollen Sie fragen? Das kommt jetzt und das ist eigentlich das Wichtigste. Denn drei Tage später erscheint in meiner Sprechstunde Onkel Studio. Nein, sagt er, er will mich nicht konsultieren. Er will mir nur sagen, daß er mir nicht mehr ins Handwerk pfuschen wird. Er bittet mich, rücksichtslos gegen ihn vorzugehen, wenn er sich verleiten lassen sollte. Jamohl, gerade weil das vor drei Tagen passiert ist, gerade darum hat er eingesehen, daß ein Säuer nicht Arzt spielen darf. Es ist gut gegangen, gewiß, aber er selbst weiß am besten, daß es ebenjogut hätte schief gehen können — denn er weiß, wie betrunken er war. Er kann sich das ganze nur durch die besondere Deutlichkeit der Erinnerung gerade an die Tracheotomie erklären. In jedem Fall war es keine Leistung, sondern eine Gnade — ja, hm, eine Gnade. Und er empfiehlt sich, ohne meine Stellungnahme abzuwarten.

Und er hält sein Wort. Er läßt das Kurpfuscher, und er läßt sogar etwas anderes: das Trinken. Er geht in den Feldern spazieren, er macht sich fogar im Hofe nützlich, aber er meidet den Krug. Und das bekommt ihm nicht; er erkrankt an Entzündungserscheinungen. Zusehends wird er dünner, kränker, todnäher. Es kommt so weit, daß ich ihn anspreche und ihm rate, doch täglich wenigstens etwas zu trinken. Er lächelt nur.

Als ich vorgestern seinen Tod feststellte, Herzschlag, lächelte er noch immer so. Die Geschichte mit dem Kehlschnitt hat anscheinend seinem verpflüchteten Leben einen allzu späten und allzu großen Sinn gegeben, und an der Wucht dieser Umgebung ist er gestorben. Ich wenigstens erkläre es mir so. . . .

Lange Augenwimpern als Zeichen von Krankheit? Durch Beobachtungen, die mehrere Jahre in englischen Kliniken angestellt worden sind, wurde festgestellt, daß die meisten Kinder, die lange Wimpern haben, schwächlich sind. Bei tuberkulösen Kindern werden die Wimpern zweimal so lang als bei gesunden. Bei diesen wachsen die Wimpern im ersten Lebensjahre etwa um 3 Millimeter, während sie bei kräftigen Kindern die doppelte Länge erreichen. Bisher ist es der Forschung noch nicht gelungen, eine hinreichende Erklärung dafür zu finden.

Das Wort Gulajsch, des unferen Ohr so pikant wohlklingend klingt, stammt als Nationalgericht der Ungarn, natürlich aus dem ungarischen, schreibt sich eigentlich Gulyas und war der Name eines ungarischen Rührlins, der auf diese Weise in der Küche aller Länder unsterblich geworden ist.

Die Flurverteilung in Rußland ist mitunter so unglücklich, daß es Güter gibt, bei denen die Felder bis zu 70 Kilometer vom Bauernhause entfernt sind.

„Arbeil“ heißt althochdeutsch „arbeiten“, wörtlich überseht: Rührlin, Rot. Das lateinische labor heißt ebenfalls Rot, Mühe, Anstrengung.

In der Negerepublik Liberia (Afrika) haben die Weißen keine politischen Rechte. Nur die Nachkommen der amerikanischen Rückwanderer sind wahlberechtigt.

Das Gebiet des jetzigen New York wurde von einem deutschen Auswanderer von den indianischen Eingeborenen für 60 Gulden abgekauft.

Gerhart Herrmann Mostar:

Hannes Hansen, der Kurpfuscher

„Sitzt sich doch gut hier auf unserem Balkon, wie? Es ist ja auch beinahe der einzige im ganzen Dorf — bloß das Mittergut hat noch einen. Stört Sie etwa derärm aus dem Krug nebenan? Nicht? Na schön. Das ist natürlich nicht alle Tage so. Aber heute verkaufen unsere Bauern die Haut vom Onkel Studio. Seit die fortschreitende Zivilisation den alten, ehrlichen Leichenschmaus als pietätlos beiseite hat, ist man zum Leichentrunk übergegangen; der ist auch nicht pietätvoller, aber ausgiebiger. Uebrigens hat Onkel Studio die zehn Halbe auf sein jenseitiges Wohl verdient. Erstens hat er selbst so viel konsumiert, und das täglich — und zweitens ist er recht beliebt gewesen. Sogar bei mir war er so beliebt, als es der Konkurrent bei seinem Gegner, der Kurpfuscher, beim Arzt nur sein kann. Allerdings hat er im letzten halben Jahr das herumdoktern eingestellt. Sie brauchen mich gar nicht zu bitten; ich erzähle gern, wie das kam.“

Er hieß eigentlich Hannes Hansen und war der Bruder von Heinrich Hansen, und der ist der angelegentlichste Bauer im Dorf, wenn auch nicht der reichste. Onkel Studio nannte man ihn, weil er mal studiert hatte, Medizin studiert, in Halle; acht Semester sogar, glaube ich. Weshalb er plötzlich aufhörte mit dem Studium und in verblüffendem Tempo versumpfte, weiß ich nicht; im Dorfe sagt man, er hätte Rena Kleevoigt geliebt, und es hätte ihn umgeschmissen, daß sie ihm sein Bruder wegheiratete und zur Schwägerin gab, während er in Halle war. Ich selbst glaube das nicht mehr, seit ich die Ereignisse kenne, die sich vor einem halben Jahr abspielten; die Zusammenhänge, die sich ergeben würden, wären mir zu romanhaft. Auch wäre er wohl nicht ausgerechnet nach Hause gekommen, an den Kochtopf derselben Frau, die er verloren hatte; aber er kam und blieb. Seine ärztlichen Instrumente wanderten in den Schrank und wurden mit mitteldeutscher Bauernzähigkeit sorgsam aufbewahrt und nie benutzt; die studentischen Trinksitten hingegen pflegte er keckig. Tag für Tag war er im Krug, seine Partner wechselten, weil sie sich tot fassen oder sich besannen, aber Hannes blieb. Bei der Feldarbeit half er seinem Bruder fast nie; warum er ihn nicht hinauswarf, bleibt unklar. Außer Trunk und Kartenspiel

lieb Onkel Studio allerdings noch etwas, was mich damals zu seinem Gegner machte: er dokterte herum. Heute sehe ich die Sache leichter und klarer an als damals; er hat wohl nur bei harmlosen Erkrankungen oder in sehr armen Häusern Arzneien und Salben angegeben, und auch das bestimmt nicht eines Verdienste wegen und noch weniger aus Lust und Liebe zur Sache. Denn gelöstig war er vollkommen herunter. Jedem Gespräch über Medizin oder dergleichen ging er beinahe ängstlich aus dem Wege. Er stellte sich in Jolen und Alltätigkeiten. Mit den Jahren kam es so weit, daß er kaum noch die Korien halten konnte. Abend für Abend kam er betrunken nach Hause; dann lärmte er übrigens nicht, war auch weder lustig noch robiat, sondern einfach*stur; oft kam er nicht bis in sein Bett, sondern blieb am großen Tisch in der Diele des Hansenschen Hauses sitzen und schlief da.

Er behielt diese Angewohnheit auch bei, als Rena Hansen endlich, nach fast zwanzigjähriger Ehe, das heiß ersehnte Kind bekam. Es wurde, wie nicht anders zu erwarten, eine schwarze Geburt, Zange; das Kind, ein Junge, blieb schwächlich und trankelte zwei Jahre so hin, die bisher kräftige Mutter trankelte mit. Auf Onkel Studio schienen diese Ereignisse nicht den geringsten Eindruck zu machen; er trank ruhig weiter. Er hatte jetzt schon den Tatterich am ganzen Körper, und die von ihm Beratenen verlangten in der Apotheke oft die unfinnigsten Medizinen, weil er die lateinischen Namen nicht mehr richtig aussprechen und nur mit züchtigster Schrift schreiben konnte.

Wie das im Dorfleben und wohl im Leben überhaupt so ist: jahrzehntelang passiert nichts, gar nichts und plötzlich drängt sich alles in wenige Tage zusammen. Jahrzehntlang habe ich eine viel zu ruhige Praxis, die kaum ihren Mann nährt — und vor sechs Monaten kommt plötzlich die Diphtherieepidemie. Ich habe mit einmal wie irrfinnig zu tun, rufe mit meinem an so viel Arbeit und Tempo nicht gewöhnten Gaul umher, komme oft zurecht und manchmal zu spät; denn die Bauern hier holen den Arzt ausschließlich zu Bettlägen mit dem Tode.

Auch der kleine Jochen Hansen hat die Diphtherie, nach mir